

Zeitung

vum Lëtzebuerger Vollek

EDITORIAL 3

Sind wir noch zu retten?

AUSLAND 2

Afghanistan: Besatzungsökonomie ohne Besatzer

Amerika: Zukunft der OAS hängt am seidenen Faden

D'AKTUALITÉIT 3

Technologie- und Rüstungsfirma Euro-Composites will 150 Millionen Euro investieren

AUSLAND 4

Deutschland: Obdachlos trotz Vollzeitarbeit

Impfkampagne auf Kuba macht große Fortschritte

KULTUR 6/7

Musée National des Mines de Fer de Rumelange: Terre d'aventures et de découvertes

AUSLAND 8

USA: Viele Konzerne zahlen keine Steuern mehr

KULTUR 9

25 Jahre Buena Vista Social Club

UECHTER D'WELT 12

Marmarameer laut Fachmann »jetzt totes Meer«

SEW-OGBL zur Schulentree: Statt die »teils dramatischen« Probleme anzugehen, beläßt es Ressortchef Meisch bei PR-Maßnahmen

Ankündigungsminister ohne Plan



(Foto: ZLV)

Kein gutes Haar ließ das SEW (Syndikat Erziehung und Wissenschaft im OGBL) am Dienstag auf seiner Pressekonferenz zur Schulentree 2021/2022 am neoliberalen Erziehungsminister. Claude Meisch betreibt »eine reine Ankündigungspolitik«, am wichtigsten sei ihm »seine Außendarstellung«, die nicht selten zur »Selbstbeweihräucherung« ausarte, und die von ihm ohne jegliche Einbeziehung der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Elternschaft entwickelten Vorhaben seien »nichts als völlig planlose PR«, erklärte Patrick Arendt. So sei es fast unmöglich, Personal und Räumlichkeiten für die am Vortag vom Minister angekündigte flächendeckende Hausaufgabenhilfe zu finden, und das SEW sei mehr als skeptisch, ob die ebenfalls angekündigte Heraufsetzung der allgemeinen Schulpflicht auf 18 Jahre geeignet sei, die zuletzt wieder gestiegene Schulabbrecherquote nachhaltig auf ein erträgliches Niveau zu senken.

Seite 3

Palästinensergebiete abgeriegelt

Tel Aviv – Israel riegelt vor dem höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur die Palästinensergebiete ab. Die Grenzübergänge in das Westjordanland und den Gazastreifen seien nur für Palästinenser in besonderen medizinischen und humanitären Fällen geöffnet, teilte das Militär am Dienstag mit. Die Regelung gelte von Mittwochmittag bis Donnerstagabend um Mitternacht.

Corona-Ausbruch in China

Peking – Ein neuer Ausbruch der Delta-Variante des Coronavirus hat für Menschen im Südosten Chinas weitreichende Einschränkungen zur Folge. Die Behörden der Küstenmetropole Xiamen in der Provinz Fujian forderten Bewohner dazu auf, die Stadt nicht mehr zu verlassen. Großveranstaltungen wurden abgesagt, Restaurants und Einkaufszentren angewiesen, die Zahl der Besucher zu reduzieren.

Brexit-Eskalation

London – Die britische Regierung hat im Streit mit der EU-Kommission um das Nordirland-Protokoll den Ton verschärft. Brexit-Minister Frost drohte damit, von einer Notfallklausel Gebrauch zu machen und die Regelungen aus dem Brexit-Vertrag damit außer Kraft zu setzen. Die EU-Kommission müsse sich auf echte Verhandlungen einlassen.

Inflation in USA

Washington – In den USA ist die relativ hohe Inflationsrate im August im Vergleich zum Wert des Vormonats minimal zurückgegangen. Gegenüber dem August vergangenen Jahres stiegen die Verbraucherpreise um 5,3 Prozent. Im Juli hatte die Inflationsrate noch bei 5,4 Prozent gelegen. Die Verbraucherpreise stiegen im August »nur« um 0,3 Prozent nach 0,5 Prozent im Juli.

Ölpreise steigen

Singapur – Die Ölpreise haben am Dienstag ihre Aufschläge vom Wochenstart ausgebaut. Am Morgen kostete ein Barrel Brent bis zu 74,07 US-Dollar, 56 Cent mehr als am Vortag. Der Preis für ein Faß WTI stieg in ähnlichem Ausmaß bis auf 71,06 Dollar. Damit bewegen sich die Ölpreise auf dem höchsten Niveau seit Anfang August.

Catherine Deneuve hilft Restos du Coeur



(Foto: EPA-EFE/IAN LANGSDON)

Pumps, Sandalen und Stiefel von Edelmarken gefertigt und von Catherine Deneuve getragen sind in Frankreich unter den Hammer gekommen. Die Online-Versteigerung brachte am Dienstag mehr als 47.000 Euro ein. Der Erlös soll den Restos du Coeur zugute kommen. Die Organisation verteilt Nahrung an Bedürftige und unterstützt sie in ihrem Alltag. Catherine Deneuve hat die Organisation bereits mehrfach unterstützt. Bereits 2018 hatte Deneuve ihre Kleidersammlung von Modeschöpfer Yves Saint Laurent versteigern lassen.

Norwegen vor Regierungswechsel



(Foto: Terje Bendiksby/NTB/AP/dpa)

Nach der Parlamentswahl in Norwegen waren am Nachmittag alle Wählerstimmen vorläufig ausgezählt. Das Ergebnis bedeutet einem klaren Sieg für ein »Mitte-Links-Bündnis«, was gleichbedeutend mit einem bevorstehenden Regierungswechsel ist. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei um ihren Vorsitzenden Jonas Gahr Støre wird nach der Wahl vom Montag mit 26,4 Prozent der Stimmen trotz leichter Verluste stärkste Kraft. Støres bevorzugte Koalitionspartner, die Zentrums- und die Sozialistische Linkspartei, kommen nach jeweiligen Zugewinnen auf 13,6 und 7,5 Prozent. Damit erhält dieses Dreigestirn voraussichtlich 89 der 169 Sitze im Parlament in Oslo. Seit acht Jahren ist die Konservative Erna Solberg norwegische Ministerpräsidentin. Ihre Partei rutschte von 25,0 auf 20,5 Prozent ab, womit sie neun Mandate verlieren dürfte.

1,20 Euro



Besatzungsökonomie ohne Besatzer

Afghanistans Wirtschaft liegt nach 20 Jahren westlicher Besatzung am Boden



Auf der Geberkonferenz der UNO am Montag in Genf wurden Zusagen in Höhe von 1 Milliarde Euro eingesammelt, allerdings ohne jegliche Garantie, daß diese Zahlungen tatsächlich geleistet werden
(Foto: Fabrice COFFRINI/AFP)



Am Sonntag verhandelten die Taliban in Kabul mit einer Delegation aus Katar, unter Führung des katarischen Außenministers Scheich Mohammed bin Abdulrahman Al-Thani (6.v.l.). Dies war die erste hochrangige ausländische Delegation, die seit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan empfangen wurde
(Foto: QATARI MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS/AFP)

Nach dem Abzug des Westens aus Afghanistan sucht die UNO die Bevölkerung des Landes mit dem Nötigsten zu versorgen. Eine von der UNO organisierte Geberkonferenz in Genf konnte am Montag Hilfszusagen von mehr als einer Milliarde Euro einwerben. Hintergrund ist, daß es dem Westen während der 20-jährigen Besatzungszeit nicht gelungen ist, die afghanische Wirtschaft aufzubauen: Sie blieb von umfangreichen Zahlungen aus dem Ausland abhängig, die bestimmte Sektoren aufblähten – etwa Dienstleistungen für westliches und Regierungspersonal –, aber nicht für den Aufbau einer auch nur annähernd eigenständigen Produktion sorgten.

Während korrupte Regierungsfunktionäre unter den Augen des Westens Milliardensummen nach Dubai schleusten, verarmte die Bevölkerung zusehends; bereits vor dem Abzug des Westens war gut die Hälfte der Afghanen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Daß die Hilfsgelder nach der Machtübernahme der Taliban nicht mehr fließen und die USA Sanktionen in Kraft gesetzt haben, versetzt der afghanischen Wirtschaft den Todesstoß.

In Abhängigkeit von Hilfsgeldern

Afghanistans wirtschaftliche Lage war bereits vor der blitzartigen Übernahme der Macht durch die Taliban katastrophal. Nach fast 20 Jahren westlicher Besatzung machten laut Berechnungen der Weltbank humanitäre Hilfe, westliche Entwicklungsgelder und westliche Ausgaben für das Militär immer noch rund

43 Prozent des afghanischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus; drei Viertel der Regierungsausgaben wurden aus Unterstützungsprogrammen finanziert.

Der hohe Mittelzufluß hielt die afghanische Wirtschaft in Abhängigkeit: Er blähte diejenigen Sektoren auf, die, etwa Dienstleistungen, von westlichem Personal genutzt und vom Westen finanziert wurden, führte aber dazu, daß andere wichtige Branchen, vor allem industrielle, vernachlässigt wurden. Zugleich war die Währung, der Afghani, wegen des stetigen Mittelzuflusses überbewertet, was sowohl Exporte verteuerte und damit erschwerte als auch Importe erleichterte; auch das schwächte die afghanische Produktion. Hinzu kam, daß die afghanische Rentenökonomie Korruption begünstigte, wogegen wiederum die westlichen Mächte nicht ernsthaft einschritten: Die Regierung in Kabul wie auch die in den Provinzen herrschenden Warlords waren in der Lage, aus den auswärtigen Hilfszahlungen stets gewaltige Summen für sich abzuzweigen.

Krasse Korruption, bittere Armut

Analysen zeigen, daß diese Summen Milliardenbeträge erreicht haben. Schlagzeilen machten zuletzt Berichte, Ex-Präsident Ashraf Ghani habe bei seiner Flucht aus Kabul in die Vereinigten Arabischen Emirate große Mengen an Bargeld mit sich geführt; von weit über 100 Millionen US-Dollar war die Rede. Ghani streitet dies ab. Tatsache ist jedoch, daß bereits zuvor Fälle bekannt geworden waren, bei denen afghanische Regie-

rungsfunktionäre mit Millionenbeträgen zum Beispiel nach Dubai einreisten.

Laut einer Untersuchung, die im Juli 2020 von der Carnegie Endowment for International Peace mit Hauptsitz in Washington publiziert wurde, sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten im Kontext mit Korruption Milliarden US-Dollar aus Afghanistan nach Dubai abgeflossen.

Gleichzeitig nahm die Armut im Land immer mehr zu. Der Bevölkerungsanteil der Afghanen, die unterhalb der Armutsschwelle lebten, stieg von 33,7 Prozent im Jahr 2007 auf 54,5 Prozent im Jahr 2016. Bereits im Juli appellierte die UNO an »wohlhabende« Staaten, zusätzliche Mittel für Afghanistan zur Verfügung zu stellen: Rund 18 Millionen Afghanen, die Hälfte der Bevölkerung, seien auf humanitäre Hilfe angewiesen. Ein Drittel der Bevölkerung sei unterernährt, die Hälfte der Kinder unter fünf Jahren sogar akut.

Ausbleibende Gehälter

Der Abzug des Westens trifft die afghanische Wirtschaft, die ohnehin unter einer der schlimmsten Dürrekatastrophen und der Covid-19-Pandemie leidet, in gleich mehrfacher Hinsicht schwer. Zum einen waren westliche Soldaten, Mitarbeiter von Hilfs- und Entwicklungsorganisationen sowie weiteres Personal schon an sich ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, da sie Unterkünfte anmieteten, Dienstleistungen in Anspruch nahmen und anderes mehr. Unmittelbar weggefallen sind die Mittel, die der Westen für den Unterhalt der – offiziell – rund 300.000 afghanischen Soldaten zahlte; und auch wenn ein erheblicher Anteil von ihnen nur auf dem Papier existierte und ihr Sold abgezweigt wurde: Eine sechsstellige Zahl an Afghanen steht nun ohne Einkommen da.

Ähnliches gilt, dies beschreibt das Afghanistan Analysts Network (AAN) in einer umfassenden Analyse, für viele der rund 420.000 Staatsangestellten, denen die Taliban ohne ausländische Hilfe keine Löhne zahlen können. Dies hat Folgen für den gesamten Dienstleistungssektor, der sich zu erheblichen Teilen aus ihren Ausgaben finanzierte. Die AAN-Analyse zitiert eine Studie der Weltbank, laut der rund 2,5 Millionen Afghanen zuletzt im Dienstleistungs-

oder im Baugewerbe tätig waren – gut 77 Prozent aller Beschäftigten in den Städten.

USA-Sanktionen

Hinzu kommen von den USA verhängte Strafmaßnahmen sowie Sanktionen gegen die Taliban. Die Biden-Administration hat bereits im August die afghanischen Devisenreserven, soweit sie Zugriff auf sie hat, eingefroren. Von den insgesamt neun Milliarden US-Dollar liegen allein sieben – in Form von Bargeld, Gold oder Anleihen – bei der USA-Zentralbank; über sie kann Kabul nun nicht mehr verfügen. Dies gilt auch für weitere im Ausland gelagerte Gelder. Den Taliban werde es allenfalls gelingen, 0,2 Prozent der Devisenreserven anzuzapfen, heißt es.

Weil Washington zudem Sanktionen gegen die Taliban aufrechterhält, sind alle Lieferungen nach Afghanistan, insbesondere auch humanitäre, durch USA-Repressalien bedroht; und auch wenn die Biden-Administration bekundet hat, humanitäre Hilfe sei von den Sanktionen ausgenommen, so wird dennoch, ähnlich wie bei Hilfslieferungen nach Iran, von schwerer Versäuerung berichtet. Das wiegt besonders schwer, da Afghanistan aufgrund der spe-

zifischen ökonomischen Entwicklung unter westlicher Besatzung massiv von Importen abhängig ist: Über ein Viertel des Reisbedarfs, bis zu 40 Prozent der Zutaten für Brot und mehr als drei Viertel des elektrischen Stroms müssen laut AAN durch Einfuhren gedeckt werden.

Hunger, Flucht und Terror

Die Lage ist hochbrisant – vor allem aus humanitärer, für den Westen besonders aus politischer Perspektive. Bleiben die Sanktionen gegen die Taliban in Kraft und die westlichen Zahlungen aus, droht eine humanitäre Katastrophe; die UNO schloß nicht aus, daß 97 Prozent der afghanischen Bevölkerung Mitte 2022 unter die Armutsschwelle rutschen könnten. Das brächte immenses menschliches Leid.

Der »Westen« sucht, davon unbeeindruckt, sein Geld als Druckmittel gegen die Taliban einzusetzen. Der deutsche Außenminister Heiko Maas bekräftigte auf der Afghanistan-Geberkonferenz am Montag in Genf, Berlin werde sich auf »reine Nothilfe« für die Bevölkerung beschränken; sämtliche weiteren Zahlungen blieben ausgesetzt.

Sollte damit die Spekulation verbunden sein, ein Ausbleiben der gewohnten Gelder werde die Bevölkerung veranlassen, den Druck auf die Taliban zu erhöhen und sie womöglich zu stürzen, dann könnte dies – darauf weist etwa das AAN hin – nicht nur zu einer Massenflucht in Richtung Europa führen, sondern auch die Bereitschaft der Taliban zunichte machen, Terroristen, etwa diejenigen des ISKP (Islamic State Khorasan Province), von Angriffen auf westliche Ziele abzuhalten.

Kampf um Einfluß

Vor diesem Hintergrund hat die UNO am Montag Zusagen für Hilfen im Wert von mehr als einer Milliarde US-Dollar erhalten. Nach UNO-Schätzungen würde dies, sofern die Zahlungen tatsächlich eintreffen – das ist in vergleichbaren Fällen oft nicht geschehen –, eine Weile für das Nötigste reichen. Alles weitere ist Gegenstand von Sondierungen und Verhandlungen, die gerade erst begonnen haben und bei denen nicht die afghanische Bevölkerung, sondern das westliche Bestreben, Einfluß auf die neue Regierung in Kabul zu nehmen, im Vordergrund steht.

German Foreign Policy

Zukunft der OAS hängt am seidenen Faden



Mexikos Außenminister Marcelo Ebrard (1.v.l.) und USA-Vizepräsidentin Kamala Harris am 9. September beim Wirtschaftsdialog in Washington
(Foto: Anna MoneyMaker/Getty Images/AFP)

Das nächste Gipfeltreffen der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC), das am 18. September stattfindet, könnte die Zukunft der diskreditierten Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) bestimmen, sagte der mexikanische Außenminister Marcelo Ebrard auf einer Pressekonferenz.

Als Gastgeber des VI. Gipfels der Staats- und Regierungschefs wird Mexiko eine Diskussion über das Schicksal der OAS auf die Tagesordnung setzen, die oft für die voreingenommene Haltung ihres Generalsekretärs Luis Almagro kritisiert wird, der eher dazu neigt, die Interessen der USA zu verteidigen,

berichten Medien.

Bei einer Pressekonferenz in der mexikanischen Botschaft in Washington D.C. anlässlich des hochrangigen Wirtschaftsdialogs zwischen Mexiko und den USA erklärte Außenminister Marcelo Ebrard, daß man versuchen werde, einen Konsens über die Zukunft der OAS zu erzielen. Dabei werde die Frage zu beantworten sein, ob die Organisation reformiert oder durch eine neue Struktur ersetzt werden müsse.

Der mexikanische Außenminister erklärte, daß den USA und Kanada in der ersten Hälfte des Jahres 2022 dazu ein Positionspapier vorgelegt werden könnte. Am 24. Juli hatte der mexikani-

sche Präsident Andrés Manuel López Obrador im Vorfeld einer CELAC-Sitzung angekündigt, daß man einen Plan entwerfen wolle, um die OAS durch ein »wirklich autonomes Gremium zu ersetzen, das niemandes Lakai sein wird«.

Die Ankündigung von López Obrador wurde von den Präsidenten von Bolivien, Luis Arce, Venezuela, Nicolás Maduro, und Argentinien, Alberto Fernández, unterstützt. Kolumbien seinerseits lehnte den Vorschlag ab und vertrat die Auffassung, daß die regionale Integration »engere« Beziehungen zu den USA und Kanada anstreben sollte.

Granma/Cubadebate/ZLV

Ankündigungsminister ohne Plan

SEW-OGBL zur Schulentree: Statt die »teils dramatischen« Probleme in der öffentlichen Schule anzugehen, beläßt es Ressortchef Meisch bei PR-Maßnahmen



»Für Claude Meisch ist das Wichtigste seine Außendarstellung«, findet das SEW (Foto: Julien Warnand/SIP)

Kein gutes Haar ließ das SEW (Syndikat Erziehung und Wissenschaft im OGBL) am Dienstag auf seiner Pressekonferenz zur Schulentree 2021/2022 am neoliberalen Erziehungsminister. Claude Meisch betreibt »eine reine Ankündigungspolitik«, am wichtigsten sei ihm »seine Außendarstellung«, die nicht selten zur »Selbstbeweihräucherung« ausarte, und die von ihm ohne jegliche Einbeziehung der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Elternschaft entwickelten Vorhaben seien »nichts als völlig planlose PR«, erklärte Patrick Arendt.

So sei es fast unmöglich, Personal und Räumlichkeiten für die am Vortag vom Minister angekündigte flächendeckende Hausaufgabenhilfe zu finden, und das SEW sei

mehr als skeptisch, ob die ebenfalls angekündigte Heraufsetzung der allgemeinen Schulpflicht auf 18 Jahre geeignet sei, die zuletzt wieder gestiegene Schulabbrecherquote nachhaltig auf ein erträgliches Niveau zu senken.

Das größte Problem der Grundschulen sei noch immer der Personalmangel, der auch damit zusammenhänge, daß der »administrative Aufwand« schlicht nicht mehr zu bewältigen sei, und daß die den einzelnen Grundschulen zuerkannten Stundenkontingente immer weiter zusammengestrichen würden. Insgesamt seien in den zehn Jahren ab 2009 mehr als 10.000 Schulstunden weggekürzt worden, klagte Patrick Arendt.

Viel habe auch die vom Erziehungsministerium ersonnene »Summerschool« nicht

gebracht, da die Schülerinnen und Schüler dort »für ein paar Stunden« auf Lehrer getroffen seien, »die sie noch nie gesehen haben, und die ihre spezifischen Bedürfnisse nicht kennen«.

Mit Meischs Ankündigung, das Angebot an Internationalen und Europaschulen weiter ausbauen zu wollen, ging Vera Dockendorf ins Gericht. Das nicht verbeamtete, sondern nur angestellte Personal für diese »wie die Pilze aus dem Boden schießenden« Schulen stamme überwiegend aus englischsprachigen Ländern wie USA, Neuseeland oder Britannien, spreche oft noch nicht einmal eine der drei offiziellen Sprachen richtig und sei in aller Regel nicht über seine Rechte als Schaffende aufgeklärt.

Nicht selten würden sogar

»komplett illegale Arbeitsbedingungen« stillschweigend hingenommen, berichtete Vera Dockendorf, beispielsweise wenn Stagiare Überstunden leisten müßten, die sie noch nicht einmal bezahlt bekommen, »weil sie ja dem Gesetz nach gar keine Überstunden machen dürfen«. Auch würden Sekundarschullehrer ungefragt in Grundschulen geschickt und gleich nach ihrer Ankunft in Luxemburg sage man ihnen auf »Welcome-Meetings«, es sei nicht nötig, sich gewerkschaftlich zu organisieren, Probleme würden »unter uns« gelöst. Dazu passe, daß vom SEW angebotene Seminare über Schaffenrechte in Luxemburg vom IFEN (»Institut de formation de l'Education nationale«) trotz des großen Zuspruchs nicht als Weiterbildung anerkannt würden.

Kritische Fragen zur Digitalisierung, dem Steckenpferd des Erziehungsministers, warf Jules Barthel auf. Leider habe Meisch auch keine Konzepte, um adäquat auf Phänomene wie Cybermobbing, sexuelle Belästigung über das Internet oder das in der Coronakrise noch verstärkte Suchtverhalten von Jugendlichen zu reagieren. Da von offizieller Seite keine diesbezüglichen Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrer und Lehrerinnen angeboten würden, habe das SEW nun selbst eine Informationsbroschüre herausgegeben und werde im Oktober zusammen mit der APESS eine breit angelegte Informationskampagne zum Thema lancieren.

oe

Technologie- und Rüstungsfirma Euro-Composites will 150 Millionen investieren



(Foto: Wirtschaftsministerium)

Das Unternehmen Euro-Composites, das in Echternach, im USA-Bundestaat Virginia und in Bitburg in Deutschland Produktionsbetriebe hat, kündigte anlässlich eines Besuchs von Erbgroßherzog Guillaume Nassau und Wirtschaftsminister Fayot vor wenigen Tagen im Werk in Echternach an, bis zum Jahr 2030 bis zu 150 Millionen Euro investieren und 750 Arbeitsplätze schaffen zu wollen. Im Juni 2019 hatte das Unternehmen – damals zusammen mit Wirtschaftsminister Etienne Schneider – diese Investitionen bereits einmal angekündigt. Damals war die Rede von 160 Millionen Euro für die Jahre 2020 bis 2030.

Euro-Composites produziert und verarbeitet seit 1984 in Echternach Verbundstoffe, die als einbaufertige Bauteile für den Luftfahrtsektor, später dann auch Verbundbauteile für Züge, Schiffe und Satelliten.

Mit der Gründung des Tochterunternehmens Euro Composites Corporation in Culpeper im USA-Bundestaat Virginia im Jahr 1988 und 2006 des Tochterunternehmens Euro Composites

GmbH in Bitburg wuchs der Anteil der Produkte, die für die Rüstungsindustrie, vornehmlich Kampfflugzeuge und -helikopter, stark an. Später folgten dann Teile aus ultraleichten Verbundwerkstoffen für Satelliten, darunter Militärsatelliten der USA. Seit 2019 ist Euro-Composites als NATO-Lieferant zugelassen.

Der Gründer und Geschäftsführer von Euro-Composites, Rolf Alter, kündigte an, das Unternehmen werde bis 2030 insgesamt 750 Arbeitsplätze schaffen, davon 450 in Echternach. Investiert werden sollen rund 150 Millionen Euro.

Ohne genaue Beiträge zu nennen, bestätigte Alter, dass die Unterstützung des luxemburger Wirtschaftsministeriums »häufig grandios« war. Fest steht schon, dass auch diesmal öffentliche Gelder fließen werden, unter anderem bei der Anschaffung von Geräten, welche den Schneidprozess präziser und automatisierter machen sollen. 50 Prozent dieser Investition, welche insgesamt 1,57 Millionen Euro betragen soll, will Wirtschaftsminister Fayot besteuern.

A.R.

Editorial

Sind wir noch zu retten?

Täglich senden Agenturen neue Hiobsbotschaften über künftig zu erwartende Katastrophen. Am Dienstag war es eine Meldung der Weltbank, die absolut nicht im Verdacht steht, besonders »grün« oder gar »links« zu sein. Die Analysten der Banker haben ermittelt, daß wegen der vorauszusehenden Klimaerwärmung bis zum Jahr 2050 »bis zu 216 Millionen« Menschen sich gezwungen sehen werden, sich ein neues Zuhause suchen zu müssen.

Nun müssen wir die Zahl sicher nicht wörtlich nehmen, denn es könnten durchaus deutlich mehr Menschen sein, die nicht nur wegen Kriegen und Krisen, sondern auch wegen der Klimaveränderungen ihre Heimat verlassen. Es ist jedoch kaum damit zu rechnen, daß sie sich innerhalb ihrer Landesgrenzen eine neue Bleibe suchen, sondern sie werden wahrscheinlich eher dorthin zu fliehen versuchen, wo man ihnen seit Jahrzehnten ein Bild des Friedens und des Wohlstands vorgaukelt.

Allerdings wird es auch im beschaulichen Europa in dreißig Jahren nicht mehr ganz so angenehm aussehen, wie es jetzt scheint. Denn die Auswirkungen des Klimawandels werden bis spätestens Mitte des Jahrhunderts auch hier gewaltige Schäden anrichten – wenn wir die Entscheidungen über die Zukunft der Menschheit weiter den Politikern und Wirtschaftskapitänen überlassen, die nur einen Maßstab kennen: den Maximalprofit für die kapitalistischen Banken und Konzerne.

Im aktuellen Wahlkampf jenseits von Mosel, Our und Sauer erleben wir, wie den Leuten eingeredet wird, man solle sich doch ruhig auf die Spitzenkandidaten von CDU/CSU, SPD und ganz besonders von den Grünen verlassen, denn die haben ganz tolle Konzepte, wie in kurzer Zeit »Klimaneutralität« erreicht werden kann. Da hören wir diverse Ideen über die Abschaltung von Kohlekraftwerken, über Windparks und Solarenergie – jedoch immer mit dem Zusatz, daß am Ende schwarze

Zahlen stehen müssen. Übersetzt heißt das: ein wenig Profit sollte schon dabei sein!

Und um den Profit zu garantieren, und dabei die Superreichen nicht wirklich zur Kasse zu bitten, muß natürlich ein CO₂-Preis bezahlt werden. Und das heißt übersetzt: Alle sollen für alles, was mit Energie zusammenhängt, gefälligst »etwas mehr« bezahlen. Sogar die grüne Spitzenkandidatin weiß, daß das »sozial nicht gerecht« ist, aber sie verspricht den Wählern als Kompensation 75 Euro jährlich – »Wenn Sie mich wählen«. Dummdreister geht es kaum!

Solange Profite, Rendite und Wachstum im Vordergrund stehen – und das ist eben symptomatisch für diese kapitalistische Gesellschaft – wird es mit dem Kampf gegen den Klimawandel nicht spürbar vorwärts gehen. So wie im Kapitalismus grundsätzlich alles eine Ware sein kann, wird auch das Klima zu einer Ware, und der Meistbietende bestimmt, was damit anzustellen ist.

Es ist durchaus richtig, daß jeder Einzelne von uns täglich etwas für das Klima tun kann, Aber mit weniger Auto fahren, Müll trennen und nicht so viel Fleisch essen ist es nicht getan. Warum eigentlich werden in den Debatten die Kriege, die Militärmanöver, überhaupt das Militär als Klimazerstörer nicht erwähnt? Das liegt daran, daß mit Kriegen und Aufrüstung eine Menge Profit gemacht werden kann, nicht jedoch mit Frieden und Abrüstung.

Die Lösung kann »nachhaltig« nur darin liegen, tatsächlich das System zu ändern. Allerdings geht es nicht nur um Systeme der Energieerzeugung, sondern um das gesellschaftliche System. Es geht um ein System, in dem nicht wie im Kapitalismus der Profit im Vordergrund steht, sondern der Mensch. Nur so sind wir noch zu retten.

Uli Brockmeyer

Aus der Chamber:

Covid, nächste Klappe

Gestern wurde eine Chamber-Sitzung geboten, die nur im Internet öffentlich war, dort aber zunächst keinen Ton hatte. Zuerst war der Chamber-Präsident Etgen beim Parlieren wie ein Fisch im Aquarium zu bewundern, dann Martine Hansen (CSV), alles live und in Farbe ohne Ton. Mit voller Überzeugung übernahm wieder Etgen. Schön, beim ersten Tagesordnungspunkt ging es um die Verleihung von Ehrentiteln an Pensionierte der Chamber-Verwaltung.

Pünktlich zum zweiten Tagesordnungspunkt, dem 22. Covid-Gesetz, das nun für einen Monat bis Mitte Oktober gelten wird, setzte der Ton ein. Es ist wieder ein Auftritt für Mars Di Bartolomeo (LSAP) für seine bestbekanntesten Warnungen, begleitet von der Erklärung, alles sei unter Kontrolle.

Es werden hauptsächlich die bisherigen Maßnahmen verlängert. Die Zugangsbedingungen zu den Spitälern nach Covid-Check (3G-Pflicht) werden ins Gesetz eingeschrieben für alle, die reinkommen, und sei es nur für eine Konsultation eines Arztes. Wer nur an der Tür was abgibt (Blumen, Dokumente, ein Paket), braucht kein 3G. In Notfällen entschei-

det das Personal, ob zu testen ist oder nicht. Es werden hier im Gegensatz zur allgemeinen Regelung aber kostenlose Tests am Eingang angeboten, damit alle Zugang zu medizinischen Leistungen behalten.

In den Schulen gibt es so lange beim Sitzen in der Klasse keine Maske, wie niemand positiv getestet wird. Der Sonderurlaub für die Betreuung von Kindern wird verlängert für besonders Gefährdete, die zu Hause betreut werden müssen, oder wenn eine Klasse in den Heimunterricht geschickt wird.

Von Claude Wiseler kommt Zustimmung im Namen der CSV. Er findet alles extrem positiv und hätte in der Schule aber auch gerne den Covid-Check. In der Grundschule aber auch für Nichtgeimpfte in den Sekundarschulen hätte die CSV gerne drei Tests und fordert das mittels Motion. Die CSV findet es richtig, keine gratis-PCR-Tests mehr anzubieten, fordert aber mittels Motion, es müsse das in medizinischen Fällen, wo so ein Test nötig ist, gratis bleiben. Mittels weiterer Motion wird eine weitere Impfkampagne gefordert. Die CSV fordert Rechtssi-

(Fortsetzung Seite 11)

Ein komplizierter Kampf

Einzelhandel in Deutschland: Tarifverhandlungen abgebrochen, ver.di will Streiks ausweiten



Mitarbeiter im Einzelhandel aus Berlin und Brandenburg am 31. August beim dritten Warnstreik in Folge am Berliner Neptunbrunnen (Foto: Paul Zinken/dpa)

Auch im sechsten Monat der Verhandlungen ist im Tarifkonflikt im Handel noch kein Durchbruch in Sicht. »Die Positionen sind noch sehr weit voneinander entfernt«, sagte ver.di-Fachbereichschefin Stefanie Nutzberger am 2. September während einer Online-Veranstaltung der Gewerkschaft. Am Tag zuvor war in Nordrhein-Westfalen die fünfte Verhandlungsrunde, in die offenbar besondere Hoffnungen gesetzt worden waren, erneut ergebnislos abgebrochen worden. ver.di kündigte daraufhin an, die Streiks im Einzelhandel auszuweiten.

Die Unternehmer hatten in den Verhandlungen ihr bisheriges Angebot nur minimal verbessert. Sie wollen die Beschäftigten mit einer Lohnerhöhung von 2 Prozent rückwirkend zum 1. Juli abspeisen. Eine weitere Erhöhung von 1,8 Prozent soll es demnach zum 1. August 2022 geben. »Das Angebot ist in vielerlei Hinsicht inakzeptabel«, so ver.di-Verhandlungsführerin Silke Zimmer. »In diesem Jahr bedeutet es Reallohnverluste und bleibt somit weit hinter der aktuellen Preissteigerungsrate von 3,8 Prozent zurück. Damit provozieren die Arbeitgeber eine weitere Verschärfung des Konflikts. Jedoch sollten sie wissen, daß wir bisher noch mit angezogener Handbremse unterwegs waren. Nun zwingen sie uns dazu, richtig Gas zu geben. Dazu sind wir bereit – bis die Botschaft endlich ankommt.«

Vor allem in NRW und Bayern waren in den vergangenen Monaten bereits Tausende Beschäftigte tageweise in den Streik getreten. In den überregionalen Medien spielt der Arbeitskampf jedoch kaum eine Rolle. Das könnte daran liegen, daß die Auswirkungen der Streiks bislang überschaubar geblieben sind. Die Kampfbedingungen für ver.di sind kompliziert, denn der Organisationsgrad in der Branche ist gering. Die meisten Beschäftigten arbeiten nur in Teilzeit und haben oft in einen oder zwei weitere »Jobs«, um über die Runde zu kommen. Viele von ihnen identifizieren sich deshalb kaum mit »ihrem« Unternehmen. Dadurch aber sind sie für Gewerkschaft

und Betriebsrat nur schwer ansprechbar.

Ver.di fordert in den Tarifverhandlungen für den Einzel- und Versandhandel, die parallel in allen Bundesländern geführt werden, eine Lohnerhöhung von 4,5 Prozent plus 40 Euro bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Zudem sollen die untersten Gehaltsgruppen auf einen Stundenlohn von mindestens 12,50 Euro angehoben werden. Und schließlich fordert die Gewerkschaft die Gegenseite auf, gemeinsam die Allgemeinverbindlichkeit der ausgehandelten Tarifverträge zu beantragen.

Eine Allgemeinverbindlich-

keitsklärung (AVE) durch das zuständige Arbeitsministerium würde auch nicht tarifgebundene Unternehmen verpflichten, den Tarifvertrag anzuwenden. Dann könnte etwa der Online-Riese Amazon nicht mehr die branchenüblichen Regelungen unterlaufen. Tatsächlich jedoch nimmt die Tarifbindung im Handel seit Jahren ab, nur noch etwa ein Drittel der Beschäftigten arbeitet unter dem Schutz von Tarifverträgen. »Wir brauchen eine Trendwende zu besseren Verdiensten im Handel, der zunehmend zu einem Niedriglohnsektor wird«, erklärt deshalb die hessische Gewerk-

schaftssekretärin Mechthild Middeke. Sie hat die Beschäftigten bei Amazon in Bad Hersfeld erneut zum Streik aufgerufen. Die Arbeit in den beiden dortigen Versandzentren wurde am Freitag, Samstag und Montag niedergelegt. »Seit Jahren kämpfen Beschäftigte für einen Tarifvertrag, Amazon darf das nicht länger ignorieren«, so Mechthild Middeke.

Schon in den Tagen zuvor hatte ver.di zusammen mit der DGB-Initiative »Faire Mobilität« gezielt die für Amazon arbeitenden Fahrer angesprochen und über ihre Rechte informiert. »Den Preis für die sprudelnden Gewinne des weltgrößten Online-Händlers bezahlen auch die Kolleginnen und Kollegen, die die Pakete transportieren und zustellen, und zwar mit prekären Arbeitsbedingungen bei Subunternehmern oder als Solo-Selbstständige. Wir fordern Amazon auf, diese Beschäftigten direkt bei sich anzustellen«, erklärte Robin Faber, Gewerkschaftssekretär bei ver.di Bayern.

»Unabhängig davon brauchen wir mehr Kontrollen in der gesamten Branche durch die Behörden, damit Verstöße gegen das Mindestlohngesetz, das Arbeitszeitgesetz oder das Arbeitnehmerentsendegesetz entdeckt und geahndet werden. Es kann nicht sein, daß der boomende Online-Handel, der kostenfreie Lieferungen und Rücksendungen bietet, auf der Ausbeutung von Menschen beruht, kritisierte Faber.

Katja Schnitter

Impfkampagne auf Kuba



Havanna – Achtunddreißig Prozent der kubanischen Bevölkerung haben bereits die drei geplanten Dosen des Impfprogramms gegen Covid-19 mit kubanischen Impfstoffen erhalten, um die Immunisierung bis 2021 zu erreichen, berichteten kubanische am Sonntag.

Bei einer Bevölkerung von etwas mehr als 11 Millionen erhielten 4.258.396 Menschen die drei Impfungen mit den beiden auf der Insel entwickelten Impfstoffen »Abdala« vom Zentrum für Gentechnik und Biotechnologie sowie »Soberana 02« und »Soberana Plus« vom Finlay Vaccine Institute.

Der nationale Direktor für Epidemiologie, Francisco Durán, gab bekannt, daß seit Beginn der Impfkampagne im Mai 16.195.960 Impfdosen verabreicht wurden. Bis Sonntag haben 60,6 Prozent der kubanischen Bevölke-

rung, d.h. 6.784.652 Menschen, ihre erste Dosis erhalten, und 5.141.557 haben ihre zweite Dosis, was 45,9 Prozent der Bevölkerung entspricht.

Im Rahmen des Impfplans wird derzeit in den Hauptstädten der verschiedenen Provinzen die dritte Dosis des Impfstoffs an Risikogruppen wie schwangere Frauen, stillende Mütter, Transplantatempfänger und Nierenkranke verabreicht. Am 3. September erhielten die 18-Jährigen in der letzten Klasse der voruniversitären und beruflich-technischen Ausbildung ihre erste Injektion des Impfstoffs »Abdala«, die am 1. Oktober abgeschlossen sein soll.

Inzwischen erhalten auch Kinder ihre erste Injektion des Immunogens, zunächst die 12- bis 18-Jährigen und bald auch Kinder zwischen zwei und elf Jahren.

PL/Cubadebate/ZLV

Obdachlos trotz Vollzeitarbeit

Wie ein sozialdemokratisierter Mindestlohn Armut schafft

Der gesetzliche Mindestlohn beträgt in der Bundesrepublik Deutschland 9,60 Euro und ist »eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte«, schreibt die vom Wahlkampf beauftragte SPD auf ihrer Homepage. Ausnahmsweise möchte man dem Willy-Brandt-Haus zustimmen: Selten wurde eine richtige und kämpferische Forderung erfolgreicher sozialdemokratisiert, untergraben und ausgehöhlt als die nach einem existenzsichernden Arbeitslohn. Seit Jahren ist bekannt, daß eine Vollzeitbeschäftigung zum Mindestlohn geradewegs in die Altersarmut führt. Doch die aktuelle Lohnuntergrenze macht auch die Jungen arm, wie ausgerechnet die Bundesregierung vor kurzem bestätigte.

Auf eine kleine Anfrage der Linksfraction im Bundestag machte die Regierung folgende Rechnung auf: 9,60 Euro Stundenlohn entsprechen einem Bruttoeinkommen von rund 1.568 Euro im Monat. Nach Abzug von Steuern, Sozialabgaben und Freibetrag verbleiben einer Person, die Vollzeit zum Mindestlohn arbeitet, knapp 878 Euro. Die Bundesregierung zieht hiervon einen Regelbedarf von 446 Euro ab. Für Unterkunft und Heizung stehen also nur noch 432 Euro zur Verfügung. Schon rein rechnerisch führt

dies dazu, daß die durchschnittlichen Unterkunfts-kosten in sechs Bundesländern und fast 100 Städten und Kreisen mit dem Mindestlohn nicht zu bezahlen sind.

Diese Zahlen bieten viel Spielraum nach unten. 446 Euro reichen kaum zum Leben und die Durchschnittsmieten unterscheiden sich erheblich von den aktuell am »Wohnungsmarkt« verlangten Preisen. Wer den Mindestlohn verdient, wird arbeitend arm gehalten. Doch auch die Sozialhilfe ist ein unzuverlässiger Rettungshalm. Die Unterkunfts-kosten werden nicht anerkannt, wenn sie den Behörden »unangemessen« erscheinen. »Unangemessen« sind Wohnungen, die teurer sind, als Kreise und Kommunen erlauben. Die Obergrenzen werden in Tabellen festgelegt, die oft von spezialisierten Beratungs-agenturen erstellt werden. Dabei ist jede Zahlenakrobatik recht, solange sie die anzuerkennenden Mietpreise auf ein Minimum beschränkt und halbwegs gerichts-fest ist. Nicht, daß Klagen viel Erfolg versprechen: Lange Gerichtslaufzeiten treffen auf mittellose Klägerinnen und Kläger. Im Bundesdurchschnitt lagen die tatsächlichen Kosten der Unterkunft im Jahr 2020 13 Euro unter den durchschnittlich anerkannten Kosten der Unterkunft. 38 Prozent aller Ein-



Wahlplakat für Olaf Scholz, SPD-Kanzlerkandidat und Bundesminister der Finanzen, an der SPD-Parteizentrale, dem Willy-Brandt-Haus in Berlin (Foto: Kay Niefeld/dpa)

Personen-Haushalte im Sozialsystem zahlten mehr als 432 Euro für Miete und Heizung; im Durchschnitt mußten diese Personen 540 Euro stemmen.

Übersteigt die Miete die Vorgaben, muß die Differenz von den Betroffenen selbst getragen werden – unabhängig davon, ob es sich um »Aufstocker« oder Arbeitslose handelt. Da diese jedoch kein Geld haben, verschulden sie sich, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Im schlimmsten Fall folgen Mietausfälle, Stromsperrungen und Zwangs-räumungen. Obdachlos trotz Vollzeitarbeit? Der

Mietenwahnsinn, ein zu niedriger Mindestlohn und ein rücksichtsloses Sozialsystem machen das möglich.

Löhne, Mieten und »Hartz IV«: drei »sozialdemokratische Erfolgsgeschichten«. Jeder Lohn unter 14,40 Euro pro Stunde, so fand die der Gewerkschaft nahestehende Hans-Böckler-Stiftung im Jahr 2017 heraus, bietet keine Sicherheit vor Verarmung im Alter. Wie reagiert die seit 2013 regierende SPD im Wahljahr 2021? Sie fordert 12 Euro Mindestlohn. Die Partei Die Linke hält laut-sprecherisch dagegen, verfehlt das notwendige Mini-

mum mit der Forderung nach 13 Euro aber ebenso. Man muß dieses unbeholfene Wahlkampfschmützel zweier sozialdemokratischer Parteien nicht lange kommentieren.

Mit der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) gibt es nur eine Partei, die mit 15 Euro einen Mindestlohn über der (Alters-)Armutsgrenze fordert. Davon würden 15 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter profitieren, die derzeit weniger als 14 Euro verdienen – mehr als ein Drittel der Erwerbstätigen in Deutschland.

Vincent Czesla

EU erwartet Fluchtbewegung aus Afghanistan

Straßburg – Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell erwartet beträchtliche Flüchtlingsströme aus Afghanistan. Als Grund sieht er »den Regierungsumsturz« und die humanitäre Notlage – die allerdings keine Folge des »Regierungsumsturzes« ist. »Die Menschen werden sich auf den Weg machen, wenn die Taliban es ihnen erlauben«, sagte Borrell am Dienstag vor dem EU-Parlament in Straßburg. »Wir wissen, daß viele Menschen (...) das Land verlassen wollen.« Die Lebensmittelpreise stiegen, das Fi-

nanzsystem befinde sich im freien Fall, sagte Borrell.

Nach UNO-Zahlen haben 93 Prozent der Haushalte in Afghanistan nicht genug zu essen, die Grundversorgung steht demnach vor dem Zusammenbruch. Nach Schätzungen der UNO wurden etwa 3,5 Millionen Menschen vertrieben, davon 550.000 seit Beginn dieses Jahres. Neben dem nun beendeten Krieg habe auch die Dürre mit schlechten Ernten und wenig Futter für Tiere zur prekären Lage beigetragen.

Mexiko protestiert gegen Auktion von Artefakten in München

Mexiko-Stadt – Die mexikanische Regierung hat die Absage einer geplanten Auktion in München gefordert, bei der unter anderem Dutzende präkolumbische Kunstgegenstände aus Mexiko versteigert werden sollen. Mexikos Kulturministerin Alejandra Frausto informierte das Münchner Auktionshaus Gerhard Hirsch Nachfolger in einem Brief darüber, daß 74 Artefakte im Katalog der geplanten Versteigerung als Eigentum der mexikanischen Nation identifiziert worden seien. Das Auktionshaus sieht dennoch keinen Grund zum Handeln.

Insgesamt sollen 324 Gegenstände – etwa Figuren, Masken und Gefäße, auch aus Peru und Bolivien – am 21. September in der bayerischen Landeshauptstadt unter den Hammer kommen. Die mexikanische Regierung will dies aber verhindern: Der Verkauf der Stücke stelle eine Straftat nach mexikanischem Recht dar und trage außerdem zum Schmuggel und dem grenzübergreifenden organisierten Verbrechen bei, hieß es vom Kulturministerium. Bei Mexikos Generalstaatsanwaltschaft sei Anzeige erstattet worden.

Weltbank erwartet 216 Millionen Klimaflüchtlinge bis 2050

Washington – Die Weltbank rechnet bis zum Jahr 2050 mit bis zu 216 Millionen Klimaflüchtlingen, die sich wegen der Erderwärmung innerhalb ihrer Heimatländer ein neues Zuhause suchen müssen. Untersucht wurden die Regionen Lateinamerika, Nordafrika, Afrika südlich der Sahara, Osteuropa, der Pazifikraum sowie Süd-, Ost- und Zentralasien. Dies geht aus dem sogenannten Groundswell-Bericht der Weltbank hervor, dessen zweiter Teil am Montag (Ortszeit) in Washington vorgestellt wurde.

Schon jetzt hat sich die Erde um rund 1,2 Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit erhitzt. Je nach Region gibt es mehr Hitzewellen und Dürren sowie Starkregen, Stürme, Waldbrände, Unwetter und Überschwemmungen. Zugleich schmelzen Gletscher und das Eis an den Polen, was den Meeresspiegel steigen läßt.

Bereits 2030 könnten sich in einigen Ländern Brennpunkte der Klimamigration he-

rausbilden, heißt es in dem Bericht. Das Zeitfenster zum Handeln sei aber noch offen. So könnten verringerte Emissionen klimaschädlicher Treibhausgase und eine grüne und nachhaltige Entwicklung die Zahl der Klimaflüchtlinge um bis zu 80 Prozent reduzieren.

Der Klimawandel sei ein starker Treiber für Migration, weil er sich auf die Lebensgrundlage der Menschen auswirke, hieß es. Seine »langsam einsetzenden Auswirkungen« zehrten in bestimmten Regionen an der Lebensqualität. Dort, wo das Trinkwasser knapp werde, die Produktivität der Ernten abnehme und der Meeresspiegel ansteige, seien Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen.

»Der Groundswell-Bericht erinnert eindringlich an die Folgen des Klimawandels für die Menschen, insbesondere für die Ärmsten der Welt, die am wenigsten zu seinen Ursachen beitragen«, sagte Juergen Voegelé von der Weltbank.

Syriens Präsident Assad in Moskau



Moskau – Der syrische Präsident Baschar al-Assad ist zu einem Treffen mit Rußlands Staatschef Wladimir Putin nach Moskau gereist. Bei der Unterredung ging es um die Lage in Syrien. Putin habe dabei einmal mehr die Präsenz ausländischer Truppen in dem Land kritisiert. Diese hielten sich ohne UNO-Beschluß und ohne Zustimmung der syrischen Regierung in einigen Teilen des Landes auf. Das sei ein Verstoß gegen das Völkerrecht,

sagte Putin zu Assad. Das hindere Syrien etwa an einem schnelleren Wiederaufbau und an seiner Konsolidierung.

Zudem seien in Syrien weiterhin Terroristen aktiv, die einen Teil des Gebiets kontrollieren und die Zivilbevölkerung terrorisieren, sagte Putin. Dennoch seien Flüchtlinge in Gebiete zurückgekehrt, die von der Regierung kontrolliert werden.

Putin sprach von gemeinsamen Bemühungen, die Er-

gebnisse gebracht hätten. Er verwies etwa auf die humanitäre Hilfe Rußlands und die Lieferung der russischen Corona-Impfstoffe Sputnik V und Sputnik Light.

Assad bedankte sich für die Hilfe aus Rußland. Er bedauerte, daß die politischen Prozesse zum Stillstand gekommen seien und international Sanktionen gegen sein Land verhängt worden seien, die er als »menschenfeindlich und rechtswidrig« bezeichnete.

Macron will Polizei stärker kontrollieren

Roubaix – Nach wiederkehrenden Berichten über übermäßige Polizeigewalt in Frankreich hat Präsident Emmanuel Macron eine stärkere Kontrolle angekündigt. Es soll eine Kontrollinstanz auf parlamentarischer Ebene geschaffen werden, sagte Macron am Dienstag in Roubaix. Außerdem sollten polizeiinterne Ermittlungen dazu künftig veröffentlicht werden. Statt eines Generalverdachts solle es »Transparenz« geben, fügte er an. Und falls es Probleme gebe, müßten diese Konsequenzen haben.

Alle Einsatzbeamten sollen außerdem bis Ende kommenden Jahres mit Körperkameras, sogenannten Bodycams,

zum Filmen heikler Einsätze ausgestattet werden. Dies diene der Deeskalation und möglichen späteren Ermittlungsverfahren, sagte Macron.

Bei einer landesweit im Februar gestarteten Anti-Diskriminierungsplattform seien zwar bereits 7.564 Beschwerden eingegangen, nur vier Prozent aber hätten die Polizei betroffen. »Wir müssen eine verstärkte Transparenz nicht fürchten«, betonte Macron.

Nach einer Lageanalyse der französischen Polizei umriß Macron in Roubaix die Konturen einer umfassenden Polizeireform. Weniger Bürokratie und effizientere Abläufe, eine bessere Ausstattung und Ausbildung sowie binnen zehn

Jahren doppelt so viele Polizisten im Einsatz auf der Straße waren einige der Eckpunkte.

Unterdessen warf Amnesty International der französischen Polizei unnötige Gewaltanwendung vor. Konkret ging es um ein im Sommer aufgelöstes illegales Musikfestival, wobei Teilnehmer, aber auch Einsatzkräfte verletzt wurden. Strukturelle Reformen seien nötig, solche Polizeigewalt könne nicht die Norm werden, erklärte Amnesty am Dienstag. Nötig sei eine unabhängige Beschwerdestelle. Bei der von Macron in Aussicht gestellten besseren Kontrolle der Polizeiarbeit war von einer unabhängigen Beschwerdestelle konkret nicht die Rede.

UNO fordert Umverteilung von Agrar-Hilfen

New York/Rom – Die UNO fordert eine radikale Umverteilung der weltweiten Milliarden-Hilfen in der Landwirtschaft. Laut einer am Dienstag vorgestellten Studie sind 87 Prozent der Agrar-Subventionen wettbewerbsverzerrend und schaden der Umwelt oder kleinen Unternehmen. 470 Milliarden US-Dollar der insgesamt jährlich fließenden 540 Milliarden Dollar müßten anders eingesetzt werden, rechnet der UNO-Bericht vor. Dieser wurde unter anderem von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) sowie dem Entwicklungsprogramm (UNDP) in Auftrag gegeben.

Die Studie sei »ein Weckruf für Regierungen der Welt«, sagte FAO-Generaldirektor Qu Dongyu. Die Direktorin des UNO-Umweltprogramms (UNEP), Inger Andersen, ermahnte die Staaten, die Chance zu nutzen, »die Landwirtschaft zu einem Haupttreiber für das menschliche Wohlergehen und einer Lösung für die Bedrohungen durch den Klimawandel, den Naturverlust und die Umweltverschmutzung zu machen«.

In ihrer Studie heißt es, die derzeitigen Hilfen würden zu meist über Zölle oder Fördergelder verteilt, die an die Her-

stellung und den Anbau gewisser Güter geknüpft seien. Dies sei ineffizient, verfälsche die Preise, schade der Gesundheit, zerstöre die Umwelt und führe zu Chancenungleichheit. Große Agrar-Konzerne würden bevorzugt gegenüber bäuerlichen Kleinbetrieben, in denen vielfach Frauen arbeiteten.

Die Folgen seien dramatisch: Im Jahr 2020 litten 811 Millionen Menschen weltweit an Unterernährung, fast jeder dritte Mensch auf der Welt hatte keinen regelmäßigen Zugang zu ausreichender Ernährung. Eine Umverteilung der Hilfgelder könnte Milliarden Menschen helfen.

Auch die Klimaziele des Pariser Abkommens seien mit der derzeitigen Art der Subventionierung nicht zu erreichen. Wohlhabende Länder sollten ihre Unterstützung für die Fleisch- und Milchindustrie reformieren, ärmere Staaten sollten ihre finanziellen Hilfen für giftige Pestizide und Dünger sowie den Anbau von Monokulturen ändern.

TELEX

Festnahmen in der Türkei

Istanbul – Behörden in der Türkei haben die Festnahme von 143 angeblichen Gülen-Anhängern angeordnet. Geheimdienst und Polizei hätten eine Operation in etlichen Provinzen des Landes begonnen, berichtete die Nachrichtenagentur Anadolu. Mindestens 61 der Verdächtigen seien ehemalige Staatsbedienstete, bei der Polizei tätig gewesen oder hätten regen Kontakt zu ranghohen Gülen-Mitgliedern gehabt.

Anwälte angeklagt

Istanbul – In der Türkei hat ein Prozeß gegen Anwälte des inhaftierten PKK-Vorsitzenden Öcalan begonnen. Acht Juristen würden der »Mitgliedschaft in einer bewaffneten Terrororganisation« beschuldigt, berichtete die staatsnahe Nachrichtenagentur Demirören Haber Ajansi am Dienstag. Die Staatsanwaltschaft fordere bis zu 15 Jahre Haft für die Angeklagten.

Würgegriff verboten

Washington – Das USA-Justizministerium verbietet Sicherheitskräften des Bundes weitgehend den Einsatz von Würgegriffen gegen Verdächtige. Als Ausnahme gelte nur, wenn wegen Gefahr im Verzug die Anwendung möglicherweise tödlicher Gewalt genehmigt sei. Würgegriffe oder die Beeinträchtigung der Funktion der Halsschlagader durch Beamte hätten »zu oft zu Tragödien geführt«, erklärte das Justizministerium.

Unwetter in Südfrankreich

Nîmes – Unwetter mit wolkenbruchartigem Regen haben in Südfrankreich Autobahnen und Bahnstrecken blockiert. Zwei Menschen wurden im Departement Gard vermißt und ein von einem Blitzschlag getroffener Arbeiter wurde leicht verletzt. Die auf Abschnitten überflutete Autobahn zwischen Nîmes und Montpellier wurde zeitweise gesperrt.

Waldbrand unter Kontrolle

Madrid – Ein verheerender Waldbrand an der Costa del Sol im Süden Spaniens ist nach knapp sechs Tagen unter Kontrolle. Die seit vorigem Mittwoch lodern den Flammen hätten am Fuße der Sierra Bermeja unweit der Küstengemeinde Estepona ca. 9.700 Hektar Wald zerstört, erklärte der Innenminister der Region Andalusien. Das entspricht der Fläche von über 13.000 Fußballfeldern.

Tempo 30 in Lyon

Lyon – Mit Lyon soll im Frühjahr eine weitere Großstadt in Frankreich überwiegend zur 30er-Zone werden. Lediglich auf einigen Hauptverkehrsadern soll weiter die Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 Stundenkilometern gelten. In Frankreich gibt es bereits einige Städte, die weitgehend auf ein Tempolimit von 30 setzen, darunter auch Paris.

Israelisches Gericht verurteilt Hamas zu Millionenstrafe

Tel Aviv – Ein Gericht in Jerusalem hat die Palästinenserorganisation Hamas zu einer millionenschweren Entschädigungszahlung verurteilt. Das Bezirksgericht sah es als erwiesen hat, daß Mit-

glieder der Organisation für die Ermordung von drei israelischen Jugendlichen im Jahr 2014 im Westjordanland verantwortlich waren, und bestätigte am Dienstag die Entscheidung des Gerichts vom

August. Danach muß die Hamas umgerechnet rund zehn Millionen Euro an die Hinterbliebenen zahlen.

Die Ermordung der drei jüdischen und anschließend eines arabischen Jugendlichen

hatte im Sommer 2014 eine Gewaltspirale in Gang gesetzt. Der dritte Gaza-Krieg brach aus. Während 50-tägiger Kämpfe wurden 2.250 Palästinenser und 70 Israelis getötet.

Musée National des Mines de Fer de Rumelange

Terre d'aventures et de découvertes



Au coeur de la mine

Le Musée National des Mines de Fer de Rumelange est une véritable terre d'aventures et de découvertes. L'entrée du site se fait actuellement par le Maschineschapp, où vous pouvez accéder en voiture ou à pied.

Il vous est également loisible de passer par l'endroit où se situait l'entrée principale, avant que le bâtiment ne soit mis en travaux, près de la Brasserie de la Mine. Cette Brasserie a été aménagée dans un ancien local de bureaux de la mine.

C'est à cet endroit que se trouve également une plaine de jeux «Adventures Mines», fortement appréciée par les plus jeunes. Les jeux modernes de cette aire ont été conçus sur le thème minier. À bord d'un mini-train à vapeur, il est possible de réaliser un tour de l'aire de jeux.



Le «Manitou»

histoire des mines de fer dans la région des années 1860 à la fermeture de la dernière mine lorraine en 1997. Les progrès techniques vont défiler sous vos yeux.

Le Carreau de la mine

Lorsque vous serez sur le site du Musée National des Mines de Fer de Rumelange, il vous sera possible de vous balader en explorant les installations de surface, appelées le Carreau de la mine. Dans l'ancienne remise des locomotives, une exposition retrace l'histoire des mines de fer luxembourgeoises. Vous trouverez et découvrirez également des vestiges de bâtiments, de quais de chargement, ainsi que des machines qui vont vous permettre de comprendre le fonctionnement de la partie de surface d'une mine.

Pour explorer le Carreau de la mine, je vous conseille d'emprunter les sentiers pédestres qui s'y situent.

Le musée dispose d'une collection importante de livres, documents, outils, machines, échantillons de roches et autres objets sur l'histoire des mines des années 1860 à 1990.

Le Musée National des Mines de Fer de Rumelange est toujours à la recherche d'objets pour compléter ses collections. Les magasins et archives peuvent être consultés par les chercheurs sur rendez-vous.

Informations pratiques

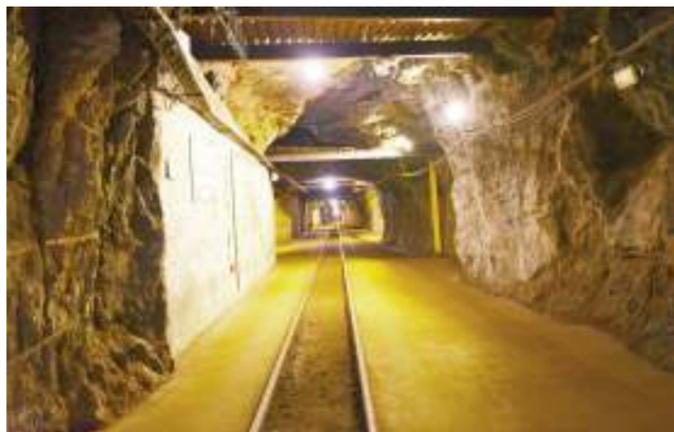
Le Musée National des Mines de Fer (www.mnm.lu) est situé au «Carreau de la mine Walert», rue de la Bruyère à Rumelange (tél : 56 56 88 info@mnm.lu). Actuellement l'entrée se fait par la Schmedd ou le Machineschapp. En effet, des travaux sont réalisés actuellement à l'endroit où se situait l'entrée par le passé.

En septembre, le site est ouvert du jeudi au dimanche, de 14 à 18 heures. Trois départs ont lieu, en train, pour la visite de la mine, à 14 heures 30, 15 heures 30 et 16 heures 30.

Les prix d'entrée sont de 9 euros pour les adultes, de 7 euros pour les étudiants et de 5 euros pour les enfants jusqu'à 15 ans.

Des visites spéciales et événements sont proposés régulièrement. À destination

(Suite page 7)



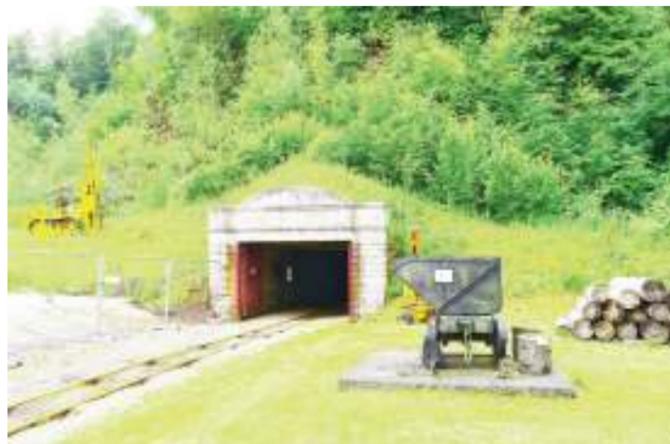
Dans la mine



De la galerie parallèle à la galerie principale



Honneur aux mineurs morts dans la nuit des galeries vivants dans nos cœurs reconnaissants



En route pour la mine

Bar Rio II



Café Bar Rio II Rumelange (nouvelle gérance)

67, Grand Rue – L-3730 Rumelange

Ouvert tous les jours du lundi au vendredi de 6h00 jusqu'à 1h00 du matin.
Samedi de 7h00 jusqu'à 1h00 du matin et dimanche de 8h00 jusqu'à 1h00.

Cuisine Ouverte, menu du jour et spécialités Brésiliennes

Tél: (+352) 621234293 ou bien (+352) 621375657

En prenant le train électrique à l'aide duquel vous entrerez au cœur de la mine, vous effectuerez un parcours de 1,2 km au sein d'un beau paysage, de la végétation luxuriante des anciennes mines à ciel ouvert.

Ensuite vous attend un parcours sous terre de 2,8 km. Lors de notre visite, nous avons bénéficié de la l'accompagnement d'un guide particulièrement érudit en la personne de Claude Brebsom. Claude est un véritable livre d'Histoire sur les mines. Il est également un véritable puits en ce qui concerne les anecdotes.

À plus de 70 mètres sous terre

Nous sommes partis dans les galeries de mine de fer Walert, exploitée de 1891 à 1963. À plus de septante mètres sous terre, nous avons découvert les grandes galeries du deux niveaux, ainsi que les vides impressionnants laissés par les mineurs. Des dizaines de machines et outils sont exposés dans la galeries. Le tout retrace admirablement l'

Restaurant Le Colibri

Spécialité
Thaïlandaise/Chinoise et Sud-américaine

Livraison gratuite
(à partir de 20€ minimum, paiement par carte possible)

2-4 rue de la Croix L-3716 Rumelange

Tél. 26 56 02 10

Fermé le mardi sauf les jours fériés
www.colibri.lu



Le Perroquet

Les saveurs culinaires de l'Italie et de la France au

Restaurant Le Perroquet
56, Grand-Rue L – 3730 Rumelange
Tél : 56 76 43 Fax : 56 20 60
www.leperroquet.lu

Visitez notre carte sur notre site www.leperroquet.lu, vous serez conquis!

Des grillades aux pizzas, en passant par des viandes de première qualité, ainsi que des poissons goûteux, ou encore des spécialités italiennes savoureuses, vous serez conquis par ce restaurant qui sait recevoir, au rapport qualité prix tout à fait extraordinaires

Des chefs réputés préparent pour vous les meilleurs mets!

90975



Le mineur prend son casse-croûte



Le Musée National des Mines de Fer



Aire de jeux Aventure Mine



Le prototype d'une foreuse de 1987



Le train des Mines qui emmène les visiteurs

(Suite de la page 6)

des groupes, le musée offre diverses possibilités : exploration des galeries souterraines, prendre un casse-croûte du mineur, participer aux promenades guidées en surface, louer la salle Jean-Pierre Bausch. Des visites à la carte sont également possibles.

Des visites spécialement dédiées aux enfants sont également organisées. Les enfants deviennent mineur et vivent une journée de travail sous terre, lors de visites interactives (attention ces visites ne durent pas toute une journée, loin de là !).

Les enfants sont transformés en acteurs de leur visite, percent, cassent du minerai, poussent un wagonnet et assistent à des explosions simulées. À la sortie, ils reçoivent un jeton de mineur, repartent avec une entrée gratuite et le minerai qu'ils ont extrait de la mine. Ces visites sont destinées aux enfants âgés de 6 à 14 ans.

À partir du mois d'octobre, le Musée National des Mines de fer de Rumelange sera ouvert les deuxièmes dimanches du mois. Pour les groupes de 16 personnes ou plus, le musée est ouvert toute l'année sur réservation, de 8h30 à 12 heures et de 14 à 18 heures.

Le samedi 18 septembre est organisée une visite photo lors de laquelle il sera possible de découvrir les galeries autrement et les documenter en photo.

Après avoir visité l'exposition souterraine, vous vous rendez dans la mine Langengrund avec son ancienne station électrique, ainsi que la salle des compresseurs souterraine de la mine Hadir-Langengrund.

La mine que vous aurez la chance de visiter ce 18 septembre est une mine fantôme, car tout a été laissé en l'état depuis sa fermeture dans les années 1960. Une personne vous accompagnera dans le but de répondre à vos questions.

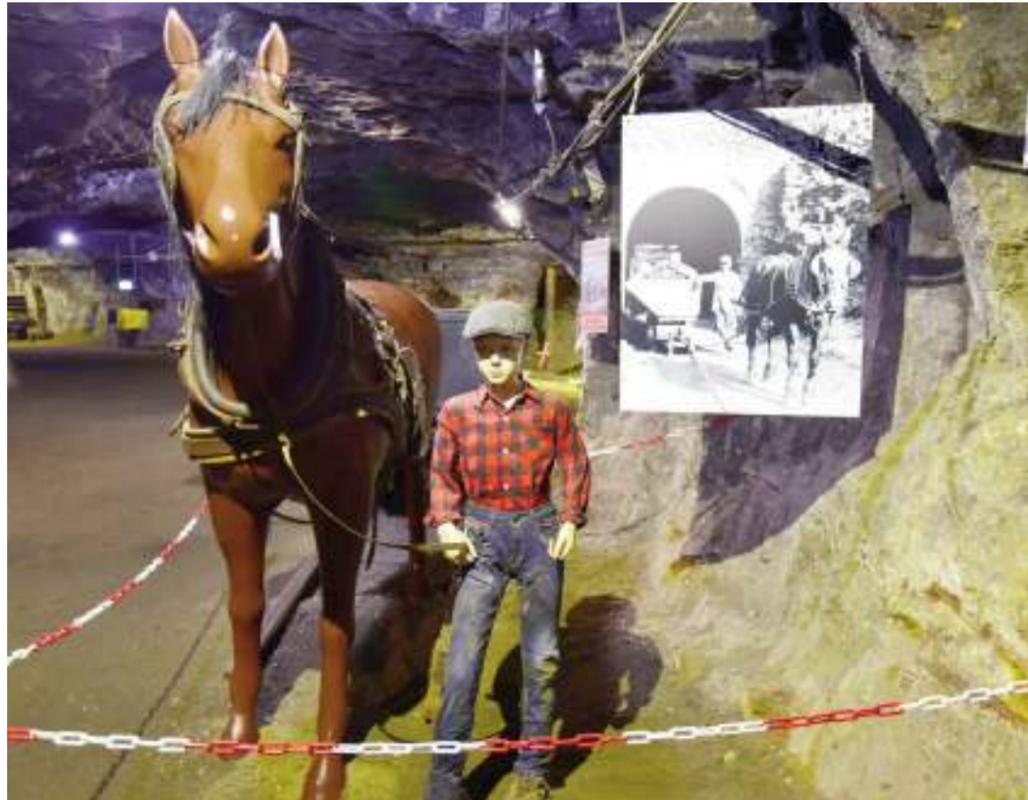
Le départ de cette visite spéciale se fera à 9 heures. Sa durée sera de trois heures. Veuillez prévoir une lampe avec une autonomie de trois heures. Cette visite se fait uniquement sur réservation : 56 56 88.

Dans le bâtiment où se situe l'entrée principale actuellement, il vous sera également possible d'acheter des livres, ainsi que d'autres objets en relation avec le thème des mines.

La petite ville de Rumelange vaut une visite ou plusieurs même. En effet, il y a beaucoup de choses intéressantes à y découvrir. Les circuits auto-pédestres valent également largement la peine d'être pratiqués, tout comme d'autres sentiers.

Bonne et agréable découverte !

Michel Schroeder
Photos : Ming Cao



Les charretiers, âgés de 16 ans, guidant les chevaux



Découvrez 150 années d'histoire industrielle dans 3 km de galeries souterraines, en train minier et à pied.

Toutes les informations sur www.mnm.lu

90978

Weniger als Null

Ein Teil der großen Unternehmen in den USA zahlt keine Steuern mehr



»Die Armut bekämpfen, nicht die Armen«, fordert die »Poor People's Campaign«

(Foto: Poor People's Campaign)

Immerhin 55 der größten Unternehmen in den USA zahlten im Jahr 2020 zusammen weniger als Null US-Dollar an Einkommenssteuern auf Bundesebene – das schreiben Matthew Gardner und Steve Wamhoff in einem Bericht für das »Institute on Taxation and Economic Policy« (ITEP). Dank früherer Steuererleichterungen – einschließlich der von Trump beschlossenen – erhielten die Unternehmen in

diesem Jahr zusammen 3,5 Milliarden Dollar an Steuererstattungen. Und 26 der 55 konnten seit der Verabschiedung der Trump-Steuerensenkung durch den Kongreß im Jahr 2017 die Zahlung von Steuern vermeiden.

Die Steuervermeider kommen aus verschiedenen Branchen und haben im Jahr 2020 zusammen fast 40,5 Milliarden Dollar an Einkommen vor Steuern erzielt, so Gardner

und Wamhoff. Sie stützen sich bei ihren Aussagen auf die Finanzberichte der Firmen selbst. »Der gesetzliche Bundessteuersatz für Unternehmensgewinne beträgt 21 Prozent (...). Bei Anwendung des Steuersatzes auf diese Einkünfte wären 8,5 Milliarden Dollar an den Fiskus geflossen«, schreiben Gardner und Wamhoff. Stattdessen hätten sie in der Summe Rückerstattungen erhalten.

Zu den 26 Unternehmen, die in allen drei Jahren keine Steuern zahlten, gehören das notorisch gewerkschaftsfeindliche Unternehmen FedEx sowie Nike, Duke Energy, Dish Network und Archer Daniels Midland (ADM), der Agrarriese aus Illinois. ADM erhielt eine Rückerstattung von 2 Millionen Dollar bei einem Umsatz von 2,13 Milliarden Dollar. FedEx erhielt 877 Millionen Dollar zurück, was 12, Prozent seiner 6,877 Milliarden Dollar Einnahmen in denselben drei Jahren entspricht. Nike erhielt 741 Millionen Dollar zurück, das sind 18 Prozent der Einnahmen des Unternehmens in den Jahren von 2018 bis 2020, die sich auf 4,1 Milliarden US-Dollar belaufen.

Nike steht auch auf der vom Gewerkschaftsverband AFL-CIO veröffentlichten Liste der hoch bezahlten CEOs (»Executive Paywatch Annual Report«). Demnach erhielt Nike-Chef John Donahoe II im vergangenen Jahr 53,5 Millionen Dollar, den größten Teil davon (46 Millionen) in Form von Aktien und Optionen. Donahoes Vergütung betrug damit das 1.935-fache des mittleren Einkommens (Medianlohn) der Nike-Beschäftigten.

Der Leiter der »Poor People's Campaign«, Pastor William Barber II, betonte, daß 84 Prozent der mit dem »CA-RES Act« – dem ersten Gesetz zur Rettung der Wirtschaft

während der Coronapandemie – beschlossenen Maßnahmen den Unternehmen zugutekommen. Es wurde in Kraft gesetzt, als Donald Trump noch im Weißen Haus saß.

Die Nichtzahlung von Steuern durch große Unternehmen ist jedoch nicht allein die Schuld Trumps, wie Gardner und Wamhoff feststellen. Seine Steuerensenkungen haben ihren Gewinn nur noch weiter vergrößert. »Seit Jahrzehnten haben die größten und profitabelsten USA-Unternehmen Wege gefunden, ihre Gewinne vor der Einkommenssteuer zu schützen«, so die beiden Analysten. Die Steuervermeidung durch Unternehmen reicht zurück bis zur Steuerensenkung unter Präsident Ronald Reagan im Jahr 1981. Diese wurde von »Republikanern« und »Demokraten« unterstützt.

Treehouse Foods, ein Hersteller von Eigenmarken-Lebensmitteln mit Hauptsitz in Oak Brook, Illinois, hat laut der ITEP-Studie eine Art Rekord aufgestellt. Das bekannteste Produkt von Treehouse sind Del-Monte-Suppen. Laut der ITEP-Studie erwirtschaftete das Unternehmen im Jahr 2020 einen Umsatz von 8 Millionen Dollar und erhielt eine Rückzahlung im Umfang von 96 Millionen Dollar, was einem effektiven Körperschaftssteuersatz von -1.167 Prozent entspricht.

Die größte Steuerrückzahlung im Jahr 2020 ging an Danaher, einen in Washington D.C. ansässigen Hersteller von medizinischen und biowissenschaftlichen Produkten. Er erhielt 321 Millionen Dollar zurück, was 20 Prozent seiner Einnahmen von 1,58 Milliarden Dollar entspricht.

Einem Wikipedia-Eintrag ist zu entnehmen, daß Danaher im Jahr 2020 von Trumps »Food and Drug Administration« den Auftrag erhielt, einen Schnelltest für das Corona-Virus herzustellen. Weder in den Nachrichten noch in den Datenbanken der Bundesbehörden wurde der Wert des Vertrags vom März 2020 bekannt gegeben.

Das größte Unternehmen, das im vergangenen Jahr einen Rabatt erhielt, war Charter Communications, das einen Umsatz von 3,68 Milliarden Dollar erwirtschaftete. Es erhielt 7 Millionen Dollar von der Steuerbehörde zurück. Charter war eines der 55 Unternehmen, die eine Steuererleichterung für Aktienoptionen von Führungskräften in Anspruch genommen haben, um ihre Einkommenssteuerschuld zu senken, heißt es in der Studie.

Mark Gruenberg,
People's World, New York

Übersetzt und bearbeitet
von Lars Mörking

Aktivisten bezahlen Kampf für die Natur mit dem Leben

Der Kampf gegen Landnahme und Raubbau an der Natur wird immer gefährlicher: Im vergangenen Jahr sind weltweit 227 Umweltschützer getötet worden, erklärte die Nichtregierungsorganisation Global Witness am Montag bei der Vorstellung einer neuen Studie. Das waren mehr als vier Morde pro Woche und mehr als jemals zuvor.

Drei Viertel der tödlichen Angriffe wurden in Lateinamerika registriert. In Kolumbien wurden 65 Naturschützer und Umweltaktivisten getötet, in Mexiko 30, auf den Philippinen 29 und in Brasilien 20. Die Organisation geht allerdings davon aus, daß die tatsächliche Zahl der getöteten Umweltschützer noch deutlich höher liegt.

»2020 war das bislang schlimmste Jahr. Die gewalttätigen Angriffe auf Umweltschützer und Menschenrechtsaktivisten haben stark zugenommen«, sagt Lourdes Castro von der kolumbianischen Nichtregierungsorganisation Somos Defensores (Wir sind Verteidiger). »Am häufigsten geraten Indigene ins Visier, die ihre angestammten Ländereien verteidigen.« 2019 kamen 212 Umweltaktivisten weltweit ums Leben.

Hinter den Gewalttaten stecken meist Unternehmen, Bauern und teilweise auch staatliche Akteure sowie kriminelle Banden, paramilitärische Gruppen und Rebellen. Weltweit standen die meisten Morde an Umweltschützern

im Zusammenhang mit der Forstwirtschaft, gefolgt von Wasser- und Dammbauprojekten und der Landwirtschaft, wie aus dem Bericht von Global Witness hervorgeht.

»Solange die Regierungen den Schutz der Umweltaktivisten nicht ernst nehmen und die Unternehmen nicht anfangen, die Menschen und den Planeten vor den Profit zu stellen, werden sowohl der Klimazusammenbruch als auch die Morde weitergehen«, sagt Chris Madden von Global Witness. »Jene, die im Kampf gegen die Klimakrise ihr Leben riskieren, um die Wälder, Flüsse und Ökosysteme zu retten, tragen eine schwere Last. Das muß aufhören.«

Im Norden von Mexiko wurde im September vergangenen Jahres der indigene Aktivist Óscar Eyraud Adams vor seinem Haus von Unbekannten erschossen. Der Sprecher des Volks der Kumiai hatte zuvor gegen den Wassermangel in Tecate im Bundesstaat Baja California protestiert. Er warf der staatlichen Wasserbehörde Conagua vor, der Brauerei Heineken die Nutzung von Brunnen erlaubt zu haben, ohne die indigene Bevölkerung zu konsultieren. Die Bürgerkommission für Menschenrechte macht Conagua und Heineken für den Mord an Adams mitverantwortlich.

»Die Regierung nimmt das Problem nicht ernst. Viele der Gewalttaten bleiben deshalb ungesühnt«, klagt Luz Coral



Auf diesem von Global Witness zur Verfügung gestellten Bild trauern Verwandte des indigenen Aktivisten Oscar Eyraud Adams an seinem Grab. Adams wurde im September 2020 vor seinem Haus von Unbekannten erschossen. Er hatte zuvor gegen den Wassermangel in Tecate im Bundesstaat Baja California protestiert

(Foto: Felipe Luna/Global Witness/dpa)

Hernández vom Mexikanischen Zentrum für Umweltrecht (CEMDA).

Im Südwesten von Kolumbien erschossen Angreifer im Juli vergangenen Jahres Rodrigo Salazar vom indigenen Volk der Awá. Der 44-Jährige war gerade auf dem Weg zu einem Treffen, um mit anderen indigenen Anführern und der Staatsanwaltschaft die Umsetzung des Friedensvertrags zwischen der Regierung und den FARC-Rebellen zu besprechen.

»Die Gewalt in Kolumbien geht vor allem von ehemaligen Paramilitärs, Dissidenten der Guerillaorganisationen und den staatlichen Sicherheitskräften aus«, sagt die Aktivistin Lourdes Castro. »Aber in der letzten Zeit gibt es immer mehr kleine Banden, die plötzlich auftauchen und dann wieder verschwinden. Das macht die Ermittlungen noch schwieriger.«

Umgerechnet auf die Einwohnerzahl war das gefährlichste Land für Umweltschüt-

zer Nicaragua mit zwölf Morden, gefolgt von Honduras und Kolumbien. In Afrika stieg die Zahl der Morde an Umweltschützern von sieben im Jahr 2019 auf 18 im vergangenen Jahr extrem an. Allein in der Demokratischen Republik Kongo wurden zwölf Ranger und ein Fahrer bei der Attacke einer Miliz im Virunga Nationalpark getötet.

Neben Gewalttaten und Morden haben auch Bedrohungen, Verleumdungskampagnen und juristische Ver-

fahren gegen Umweltschützer zugenommen. Nach Einschätzung des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) werden Aktivisten immer häufiger im Internet ausgespäht und bedroht. »Unterdrückung, Einschüchterung und offene Überwachung können die Motivation der Aktivisten und ihre psychische Gesundheit stark beeinträchtigen«, heißt es in einem Bericht von SIPRI.

Experten sind sich einig, daß gerade angesichts des Klimawandels dem konsequenten Schutz der Natur und dem Erhalt der Ökosysteme auch eine globale Bedeutung zukommt. Deshalb fordern sie einen besseren Schutz der Aktivisten. »Um die Lage der Umweltschützer und Indigene zu verbessern, müssen wir die weit verbreitete Straflosigkeit beenden«, fordert die Anwältin Hernández von der mexikanischen Organisation CEMDA. »Die Regierung muß die Gewalttaten ernst nehmen und die Täter konsequent verfolgen.«

Nach Einschätzung von Lourdes Castro tragen auch Unternehmen und Konsumenten in Europa zumindest eine Mitverantwortung für die Gewalt gegen Umweltschützer. »Firmen und Kunden sollten sich bewußt machen, daß Bergbau, Landwirtschaft und Abholzung in Lateinamerika oft mit Gewalt einhergehen«, sagt die Aktivistin von Somos Defensores.

Denis Düttmann, Bogotá
(dpa)

»Die Blüten des Lebens«

25 Jahre Buena Vista Social Club



Jesus Aguaje Ramos (Posaune, r), Barbarito Torres (Laute, l) und andere Mitglieder der kubanischen Band Buena Vista Social Club bei ihrer »Adios Tour«
(Foto: Cristobal Herrera/EPA/dpa)

Vom Schuhputzer zum Star: Eine Woche im Aufnahmestudio vor 25 Jahren macht eine Gruppe kubanischer Musiker einer fast vergessenen, goldenen Generation schlagartig weltberühmt. Manche konnten den Erfolg nicht lange auskosten. Andere zehren noch immer davon.

Der spektakuläre Welterfolg ist ursprünglich eine Notlösung. Der Chef des britischen Weltmusik-Labels World Circuit, Nick Gold, will eigentlich in Havanna eine Platte machen, auf der Musiker aus Kuba und Mali zusammen spielen sollen. Die Afrikaner schaffen es wegen Visumsproblemen aber nicht nach Kuba.

Nick Gold, der US-amerikanische Produzent, und Gitarrist Ry Cooder sowie der kubanische Bandleader Juan de Marcos rekrutieren kurzerhand eine Auswahl von Interpreten kubanischer Musikstile wie Son und Bolero. Einige von ihnen waren schon im goldenen Zeitalter der kubanischen Musik in den 1940er und 1950er Jahre aktiv, sind aber in Vergessenheit geraten.

Innerhalb einer Woche nehmen sie ein Album auf, das sie »Buena Vista Social Club« nennen – nach einem der Nachtclubs für Schwarze in Kuba Anfang des 20. Jahrhunderts, als diese aus den Clubs der Weißen ausgeschlossen waren. Was dann geschieht, ist legendär: Die Platte verkauft sich mehr als acht Millionen Mal und gewinnt einen Grammy.

Ein Vierteljahrhundert sind die Aufnahmen inzwischen her. Zu dem Jubiläum erscheint am Freitag eine limitierte Ausgabe des Albums, unter anderem mit Alternativversionen und bisher unveröffentlichten Liedern aus den Aufnahmen von 1996.

Nicht alle der Musiker waren damals leicht aufzutreiben. Um etwa den Gitarristen Eliades Ochoa aus dem ostkubanischen Santiago für das Projekt zu gewinnen, rief de Marco im Sender Radio Progreso dazu auf, diesem auszurichten, daß er in Havanna gebraucht wer-



Compay Segundo mit seiner Gitarre
(Foto: Susan Titelman/BMG/dpa)

de. »In Santiago kennt mich jeder«, sagt Ochoa der Deutschen Presse-Agentur. »Man hat mir Bescheid gesagt, und ich bin nach Havanna gefahren.«

Eliades Ochoa gehörte mit damals 49 Jahren zu den jungen Hüpfern der Truppe. Als

Frontmann der traditionsreichen Gruppe Cuarteto Patria war er noch gut im Geschäft. Andere hatten mit der Musik schon abgeschlossen. Der 76 Jahre alte Pianist Rubén González hatte zu Hause längst kein Klavier mehr – Käfer hatten seines zerfressen.

Ibrahim Ferrer, der lange in Gruppen gesungen hatte, war vom Musikgeschäft enttäuscht. Er lebte zurückgezogen als Schuhputzer.

Omara Portuondo, die einzige Dame der Original-Gruppe, kam eher zufällig dazu, wie sie sagt. »Sie haben erfahren,

daß ich im selben Studio aufgenommen, sind zu mir heruntergekommen und haben mich zu sich nach oben eingeladen, und mit ihnen zu singen«, erzählt sie der dpa. In dem historischen Studio der staatlichen Plattenfirma Egrem in Havanna traf sie alte Freunde wieder.

Omara Portuondo schlug nach eigenen Angaben das traurige Liebeslied »Veinte Años« vor, das ihr Vater ihr beigebracht hatte, als sie vier Jahre alt war. Compay Segundo, nach 88 Lebensjahren voller Zigarrenrauch immer noch auf der Höhe seines Könnens, sang es mit ihr. »Und so haben wir es aufgenommen, ohne zu proben«, sagt Portuondo.

Ein Großteil der Musik, den die betagten Künstler aufnehmen, läßt sich dem Son Cubano zuordnen. Dieser entstand als Mischung der Musik der Afrikaner, die Ende des 19. Jahrhunderts als letzte Sklaven nach Kuba kamen, mit europäischer Musik. Das bekannteste Buena-Vista-Lied, »Chan Chan«, hatte Compay Segundo in den 80er Jahren geschrieben. Es handelt von einem Mann und einer Frau, die am Strand Sand sieben. Die Frau schüttelt sich dabei, so daß der Mann verlegen wird.

In Amsterdam und der New Yorker Carnegie Hall gab das Ensemble 1998 viel gefeierte Konzerte. Der deutsche Regisseur Wim Wenders, ein alter Freund Cooders, drehte darüber einen Dokumentarfilm. Cooder habe begeistert erzählt, die 80- und 90-jährigen Musiker auf Kuba strahlten mehr Lebensfreude aus als jeder andere, den er kenne, sagte Wenders damals. Das habe er mit eigenen Augen sehen wollen.

Der Film wurde für einen Oscar nominiert und gab der weltweiten Beliebtheit der Musiker noch einen Schub. Als diese im Weißen Haus auftraten, sagte der damalige USA-Präsident Barack Obama, auch er habe die Buena-Vista-CD gekauft, nachdem der Film 1999 erschienen war.

Viele der Buena-Vista-Künstler stammten aus sehr bescheidenen Verhältnissen. Ibrahim Ferrer verdingte sich als Hafearbeiter, nachdem

seine alleinerziehende Mutter gestorben war, als er zwölf war. Eliades Ochoa war als Kind Straßenmusiker im Rotlichtviertel von Santiago de Cuba. Bei Omara Portuondo gab es in der Kindheit zu Hause manchmal statt Essen nur Wasser mit Zucker.

Auf ihre alten Tage wurden sie auf einmal Weltstars. Ibrahim Ferrer haderte damit, daß dies erst geschah, als seine Stimme schon nachgelassen und er Probleme beim Gehen hatte. Dennoch sei Ferrer als beliebtester und bekanntester kubanischer Sänger des 20. Jahrhunderts gestorben, sagt de Marco im Film »Buena Vista Social Club: Adiós«.

»Klar, es ist ein bißchen spät«, meint Compay Segundo dort. »Aber früher oder später erreichen dich die Blüten des Lebens.« Der Film der Engländerin Lucy Walker von 2017 dokumentiert das Ende des Buena-Vista-Projekts, inklusive der letzten gemeinsamen Tournee der noch lebenden Mitglieder, die 2016 in Havanna endete.

Im Jahr 2003 starb Compay Segundo mit 95 Jahren. Wenige Monate später war Rubén González tot, zwei Jahre danach auch Ibrahim Ferrer – insgesamt sieben Mitglieder der Originalbesetzung. Omara Portuondo ist 90 Jahre alt, gibt allerdings noch immer Konzerte, auch in Europa. In der Pandemie hat sie in ihrem Wohnzimmer ein Album aufgenommen.

Zuletzt hatte das Buena-Vista-Orchester junge Mitglieder wie Idania Valdés und Rolando Luna neu aufgenommen. Sie sind nicht die Einzigen, die heute auf Kuba noch die alten Musiktraditionen pflegen.

Das ist nach Ansicht von Eliades Ochoa auch ein Vermächtnis des Buena Vista Social Club. Alle jungen kubanischen Musiker, mit denen er spreche, seien davon beeinflusst. Heute werde »Chan Chan« auf Kuba an jeder Ecke gespielt. »Denn die Musiker wissen, daß das auf der Welt gefällt.« So seien zwar die meisten Buena-Vista-Mitglieder nicht mehr physisch unter uns, aber noch immer präsent.

Nick Kaiser, Havanna (dpa)



Omara Portuondo beim Konzert »Let's build peace together« am 26. April 2014 im Karl-Marx-Theater in Havanna
(Foto: Ernesto Mastrascusa/EFE/dpa)



Studienbeihilfen

Kraft des Gemeinderatsbeschlusses vom 7. Mai 2018 sind alle Schüler und Studenten, die mindestens seit dem 1. Oktober 2020 in der Stadt Luxemburg wohnen und während des Schuljahrs **2021-2022** eine weiterführende Schule (Universität, Hochschule, Lyzeum usw.) besuchen, berechtigt, eine Studienbeihilfe zu beantragen.

Die Antragsformulare sind ab dem 15. September 2021 im Service Jeunesse et intervention sociale, 28, place Guillaume (Tel. 4796 2728) während der üblichen Bürostunden erhältlich oder können von der Internetseite

https://form-server.vdl.lu/PORTAIL/pdfs/FormulaireSubsideScolaire21_22.pdf.

heruntergeladen werden.

Die Anträge können zusammen mit den notwendigen Unterlagen bis zum **31. Oktober 2021** im **Service Jeunesse et intervention sociale, 28, place Guillaume, L-2090 Luxemburg** eingereicht werden.

Luxemburg, den 11. September 2021

Der Bürgermeister
Lydie Polfer



Subsides scolaires

En vigueur du règlement communal du 7 mai 2018, les élèves et étudiants qui habitent la Ville de Luxembourg au moins depuis le 1^{er} octobre 2020 et qui fréquentent pendant l'année scolaire **2021-2022** une école du régime post-primaire (université, institut supérieur, lycée classique, lycée technique etc.) peuvent demander un **subside scolaire**.

Les formulaires sont disponibles à partir du 15 septembre 2021 au Service Jeunesse et intervention sociale, 28, place Guillaume (tél. 4796 2728) pendant les heures de bureau ou peuvent être téléchargés du site Internet

https://form-server.vdl.lu/PORTAIL/pdfs/FormulaireSubsideScolaire21_22.pdf.

Les demandes avec pièces à l'appui sont à remettre avant le **31 octobre 2021** au **Service Jeunesse et intervention sociale, 28, place Guillaume, L-2090 Luxemburg**.

Luxemburg, le 11 septembre 2021

Le Bourgmestre
Lydie Polfer

90972

Maisons médicales



Luxembourg-ville
23, Val Fleuri,
L-1526 Luxembourg
Heures d'ouverture:
En semaine: de 20h à minuit
Les week-ends et les jours fériés:
8h du matin jusqu'à minuit
Après minuit, il est obligatoire
de téléphoner au 112.

Esch/Alzette
70, rue Émile Mayrisch,
L-4240 Esch/Alzette
Heures d'ouverture:
En semaine: de 20h à minuit

Les week-ends et les jours fériés:
8h du matin jusqu'à minuit
Après minuit, il est obligatoire
de téléphoner au 112.

Ettelbruck
110, avenue Lucien Salentiny
L-9080 Ettelbruck
Heures d'ouverture:
En semaine: de 20h à minuit
Les week-ends et les jours fériés:
8h du matin jusqu'à minuit
Après minuit, il est obligatoire
de téléphoner au 112.

Zivilstand

Sterbefälle

Bascharage: Mme Denise Schintgen-Fonck, Witwe von Joseph Schintgen; **Beckerich:** M. Albert Brauch, Mann von Jacqueline Loo; **Diekirch:** M. André Leuschen, Mann von Anne Leuschen-Pax; **Düdelingen:** Mme Andrée Jacoby-Gansen, Mme Liliane Marzo-Gollino, Witwe von Cosimo Marzo, 76 Jahre; **Esch/Alzette:** Mme Ida Theisen-Vinandy, Witwe von Jean Theisen, 92 Jahre, Mme Anne Thill, Witwe von Victor

Grethen; **Geisdorf:** Mme Nicole Coljon, 75 Jahre; **Hamm:** Mme Adrienne Franck-Monti, Witwe von Arny Franck, 86 Jahre; **Kirchberg:** M. François Klein, Mann von Chantal Mander-scheid, 72 Jahre; **Lengeler:** M. Bert Molitor, Mann von Anna Wagener, 89 Jahre; **Luxemburg:** Mme Anni Ries-Ciccia, 85 Jahre; **Weiswampach:** Mme Sylvie Leyder-Schroeder, 63 Jahre; **Zolwer:** Mme Thérèse Priester-Backes, Witwe von Jean Priester, 82 Jahre.

Am 19. September im hauptstädtischen Konservatorium

»Eng Rees duerch d'Zäit(en)«



MIL asbl lädt zum Konzert »Eng Rees duerch d'Zäit(en)« ins hauptstädtische Musik-konservatorium am 19. September um 15 Uhr ein.

Mit dem Ziel, kulturelle Projekte für Menschen mit Demenz zu organisieren, wurde die MIL asbl im Februar 2019 gegründet. MIL steht für »Momenter intensiv liewen«. Ansporn bot auch die persönliche Erfahrung mit einem nahen Familienangehörigen, der in jungen Jahren an Alzheimer erkrankte und nicht mehr am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilnehmen konnte.

Menschen mit Demenz müssen Teil unserer Gesellschaft bleiben und nicht einfach hinter den Mauern ihrer Häuser und später Pflegehei-

me verschwinden. Musik und Kunst können Brücken zwischen den Welten der Betroffenen und Nicht-Betroffenen bauen.

Dass man mit Musik Menschen erreichen kann, denen die Erinnerung im Alltag schwer fällt, wurde beim ersten Projekt der MIL asbl – »Kanner o Kanner, o quel bonheur« – im Oktober 2019 im Wohn- und Pflegeheim Beim Goldknapp in Erpeldingen und im Januar 2020 im Cape in Ettelbrück deutlich.

Intensiv waren die Momente, die die Zuschauer beim Konzertspektakel »Kanner o Kanner, o quel bonheur« erlebten, das in Zusammenarbeit mit dem Komponisten und Musiker Georges Urwald zusammengestellt wur-

de. Letzterer zeigt sich auch inhaltlich verantwortlich für das neue Projekt »Eng Rees duerch d'Zäit«.

Ein kleines Orchester, der Clown Joe Del-Toe, sowie die Sängerinnen Marly Marques und Mady Weber und der Chor der Association Luxembourg Alzheimer begleiten Georges Urwald auf eine Reise durch die Musikwelt. Verschiedene Medleys mit bekannten Melodien vom »Spillmann« über »Pierle vum Dâ« bis hin zu Weltklassikern der Beatles, Rolling Stones, Leonard Cohen, Queen und vielen anderen nehmen das Publikum mit auf eine Reise durch die Zeiten und garantieren ein Musikfest für alle Geschmäcker.

Die Bühnenbildnerin

Anouk Schiltz verwandelt das Konservatorium in ein Blumenmeer. Das Konzert wird live gestreamt für alle, die nicht live dabei sein können und kann unter alzheimer.vdl.lu mitverfolgt werden. Das Programm wird als »relaxed performance« dargeboten. Damit gemeint sind Vorstellungen, die an die Bedürfnisse von Menschen mit Demenz angepasst sind, demnach finden sie nachmittags statt, sind rollstuhlgerecht, Licht sowie Sound sind gedämpft und sie dauern nicht zu lange. Vor allem aber dürfen die Besucher so sein, wie sie sind.

Die MIL asbl versteigert auch ein Bild des Künstlers Robi Gottlieb-Cahen in einer so genannten »stillen Auktion«, in der man die Angebote über E-Mail oder Brief abgeben kann. Der Erlös geht an ein Projekt der Universität Luxemburg mit dem Titel: »Entraînement à la pleine conscience dans la vieillesse: réduction du stress et maintien de la santé cognitive chez les personnes âgées au Luxembourg«.

Das Kunstwerk ist bis zum 24. September im Bierger-Center der Stadt Luxemburg, Place Guillaume II ausgestellt. Einstiegspreis: 3.500 Euro. Einsendeschluss ist der 25. September um 23.59 Uhr. Das Bild geht an den Höchstbietenden. Die Dimensionen des Bildes sind mit Rahmen 85 x 110 cm.

Sonntag, 19. September, 15 bis 16.15 Uhr. Preis: 15 Euro. Covid-Check ist erforderlich. Dieses Konzert findet im Rahmen des Welt-Alzheimer-tages statt.

MINISTERE DE LA MOBILITE ET DES TRAVAUX PUBLICS

ADMINISTRATION DES PONTS ET CHAUSSEES

Recrutement d'ouvriers de voirie

Le Ministère de la Mobilité et des Travaux publics se propose d'engager au cours des années 2022/2023

des ouvriers de voirie (m/f) pour les besoins de l'Administration des Ponts et Chaussées.

Les candidats doivent obligatoirement être détenteurs du permis de conduire C (camion), le permis de conduire C1E (camion-remorque) constitue un avantage.

Pour être recevables, les demandes, accompagnées d'un curriculum vitae (Lebenslauf), d'une copie de la carte d'identité et d'une copie du permis de conduire doivent être présentées sur **formulaires officiels**. Ces formulaires peuvent être téléchargés sur le site internet <https://gd.lu/ouvriers> ou bien retirés aux adresses suivantes:

- **MINISTERE DE LA MOBILITE ET DES TRAVAUX PUBLICS** – Département des travaux publics, 4, Place de l'Europe, Luxembourg-Kirchberg

- **DIRECTION DES PONTS ET CHAUSSEES**, 38, bd de la Foire, Luxembourg

- **PONTS ET CHAUSSEES DIEKIRCH**, 1, rue de Stavelot, Diekirch

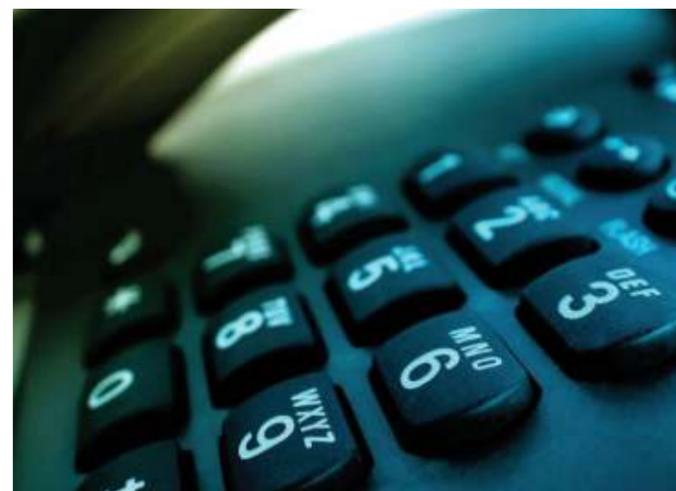
Les intéressé(e)s voudront adresser leur demande avant le **1^{er} octobre 2021** au

MINISTERE DE LA MOBILITE ET DES TRAVAUX PUBLICS

Département des travaux publics
- Service du Personnel -
L-2940 Luxembourg

90973

Telefongen



S.O.S.-Détresse 45 45 45

15.00-23.00 h (également dimanches et jours fériés)

vendredi et samedi 23.00-7.00 h

Kanner-Jugend-Telefon 12345

lundi, mercredi, vendredi

17.00-22.00 h

mardi, jeudi, samedi 14.00-20.00 h

de Fraëntelefon 123*44

Permanence lundi au vendredi

9.00 à 15.00 h

Sucht-Telefon 49 60 99

lundi, mercredi les dimanches et

jours fériés) 24/24

Femmes en détresse 49 08 77

Meederchershaus 29 65 65

Info-Femmes 49 05 83

Info-Prison 22 68 86

Anonym Alkoholiker 48 03 22

Gréngen Telefong 43 90 30

Infotelefon 42 70 70

Info Alkohol 47 57 47

Anonym Glécksspiller 021655444

Onofhängeg AIDS Hëllef

Lëtzebuerg asbl: Tél. 498194

23, rue des Etats-Unis Tél.333706

L-1477 Luxembourg

Permanence: lundi et mercredi de

15 h à 19 h, vendredi de 14 h à 18 h

Centre de Formation pour Femmes, Familles et Familles, Mono-

parentales

95, rue de Bonnevoie,

L-1260 Luxembourg, Tél. 490051-1

Service Krank Kanner Doheem –

garde d'enfants malades à domicile

quand les parents travaillent

95, rue de Bonnevoie

L-1260 Luxembourg, Tél. 480779

Association nationale des Victi-

mes de la Route / Vereinigung für

Verkehrsoffer, Tél.26432121

(www.avr.lu)

Tinnitus / Acouphènes

Luxembourg a.s.b.l.

1, bd Pierre Dupong,
L-4086 Esch/Alzette
Tél. 26550977

Kontrolle verloren – Terrassengast schwer verletzt

Luxemburg-Stadt – Am Montag gegen 15 Uhr kam es zu einem Verkehrsunfall im Kreisverkehr Quatre-Vents (N12), bei dem eine Person schwer verletzt wurde. Ein Motorradfahrer hat im Kreisverkehr die Kontrolle über seine Maschine verloren und ist gestürzt. Anwesende Personen halfen ihm, sich in Sicherheit zu bringen und das Motorrad von der Fahrbahn zu nehmen. Ein Autofahrer, der nur kurze Zeit später den Kreisverkehr befuhr, verlor ebenfalls die Kontrolle, kam von der Fahrbahn ab und erfasste auf der Terrasse eines angrenzenden Lokals eine Frau und das Motorrad. Die Frau wurde dabei unter dem Wagen eingeklemmt und schwer verletzt.

Unfall zwischen Auto und Traktor – Schwerverletzte

Tandel – Am Montag gegen 13.30 Uhr kam es auf der N17, Föhren Richtung Tandel, zu einem Unfall zwischen einem Auto und einem Traktor. Der Traktorfahrer wollte an der Kreuzung in Richtung Walsdorf einbiegen und setzte den Blinker. Von hinten näherte sich ein Autofahrer, der das Abbiegen zu spät bemerkte und begann, den Traktor und ein folgenden Wagen zu überholen. Hierbei krachte der Fahrer gegen den Vorderreifen des Traktors und überschlug sich in der Folge in einem angrenzenden Feld. Die beiden Insassen wurden schwer verletzt.

Frau beraubt

Bonneweg – Kurz nach 19 Uhr wurde am Montagabend eine Frau in der Rue de l'Hippodrome überfallen. Die zwei Täter kamen auf sie zu und redeten in französischer Sprache auf sie ein. Dann stießen sie das Opfer gegen eine Mauer und entwendeten ihre Handtasche. Beide flüchteten in unbekanntere Richtung. Die Männer sind von dunkler Hautfarbe, etwa 1,70 Meter groß. Zur Tatzeit trugen sie dunkle Jogginganzüge und schwarze Gesichtsmasken.

Am 18. und 19. September

»Journées Portes Ouvertes« in Betrieben



Zum nunmehr 15. Mal finden am 18. und 19. September die »Journées Portes Ouvertes« statt, die unter der Schirmherrschaft des Wirtschaftsministeriums – Generaldirektion für den Mittelstand stehen. Diese Veranstaltung bietet nach der Verlangsamung der wirtschaftlichen Aktivitäten eine Gelegenheit, die Betriebe und Talente, die die Wirtschaft antreiben, (wieder) zu entdecken.

Folgende Firmen laden Besucher ein: ACL, Agri-Center, Agri-Distribution, Arcelor-Mittal, B-Medical Systems, Centre Transfusion Sanguine, Genista, Glanzstoff Textilecord, Grosbusch, Groupe L'Enfant Roi, House of Biohealth, Laboratoire national de santé, Luxlait, Marbrerie Bertrand, Prefalux, Rambon Cider Co., Syndicat des Eaux du Sud, Université du Luxembourg.

Die »Journées Portes Ouvertes«, die von der Kommunikationsagentur brain&more

organisiert werden, ziehen jedes Jahr an einem einzigen Wochenende mehrere tausend Besucher an. Für die Öffentlichkeit bietet sich an diesen zwei Tagen jedes Mal eine einmalige Gelegenheit zu einem Blick hinter die Kulissen von Betrieben und Organisationen aller Größenordnungen, die in den unterschiedlichsten Bereichen in Luxemburg tätig sind.

Im Verlauf der bisherigen 14 Ausgaben hatten sich über 280.000 Besucher und 380 Firmen, Organisationen, Institutionen, Gemeinden und Verbände an den »Journées Portes Ouvertes« beteiligt – vertreten war somit das gesamte Spektrum der Wirtschaft und des öffentlichen Sektors.

Hinter den Kulissen präsentieren fachlich geschulte Frauen und Männer mit berechtigtem Stolz ihre Qualitätsarbeit, die Aktivitäten der Firma, in der sie beschäftigt sind, die Besonderheiten des Wirtschaftssektors, die Unternehmenskultur, die Herausforderungen von heute und morgen sowie die Vielfalt der Berufe.

Diese Präsentation ist nicht nur überaus motivierend für die Mitarbeiter, sondern verschafft den Betrieben darüber hinaus ein attraktives Schaufenster, das ihre Kompetenz, ihre Dienstleistungen, ihre interne Organisation und

vieles mehr zur Geltung bringt. Die »Journées Portes Ouvertes« bringen zahlreiche Vorteile mit sich, sei es in Bezug auf die Positionierung, das Markenimage und die Bekanntheit, die Öffentlichkeitsarbeit, das Geschäft... und nicht zu vergessen die Möglichkeit, vor Ort Kontakte zu knüpfen, die Bindung zu Kunden und Partnern zu stärken oder Personal zu rekrutieren.

Wie ist das Gerüst eines Tunnels aufgebaut? Wie wird im Labor eine Autopsie durchgeführt? Wie funktioniert eine Pumpstation? Wie entsteht eine wasserdichte Mauer? Diese und viele andere Fragen werden von den Fachleuten in Form von Vorträgen, Besichtigungen, interaktiven und praktischen Workshops, unterhaltsamen Begehungen (und sogar Verkostungen) live beantwortet.

»Journées Portes Ouvertes«, Samstag, 18. September und Sonntag, 19. September. Der Eintritt in die Betriebe wird nur mit einem gültigen Covid-Check-Zertifikat gewährt. Schnelltests können allerdings vor Ort getätigt werden. Wurde ein Schnelltest gemacht, so erhält die Person ein extra Band, das ihr einen Eintritt in die anderen Betriebe während des ganzen Wochenendes gewährleistet. Kinder bis 6 sind davon ausgenommen.

Nouvelle couche de roulement sur l'autoroute A6

Chantier entre l'échangeur Helfenterbruck et l'échangeur Bridel



Un renouvellement de la couche de roulement sur l'autoroute A6 s'impose. Afin de pouvoir procéder aux travaux nécessaires, un chantier aura lieu en direction de la Belgique entre les échangeurs Helfenterbruck et Bridel à partir du vendredi 17 septembre 2021 vers 20 heures au lundi 20 septembre 2021 vers 6 heures.

Barrages et déviations
Les barrages suivants seront mis en place:
L'autoroute A6 en direction de la Belgique entre les

échangeurs Helfenterbruck et Bridel;
La bretelle d'accès de l'échangeur Strassen en direction de la Belgique;
La bretelle d'accès de l'échangeur Bridel en direction de la Belgique.
Le trafic sur l'A6 sera exploité en mode bidirectionnel entre les échangeurs Helfenterbruck et Bridel et la vitesse maximale est limitée à 70 km/h.
Le trafic en provenance du CR181 et en direction de l'A6 vers la Belgique sera dévié à partir de l'échangeur Bridel

via le CR181, la N6 et l'échangeur Mamer.
Le trafic en provenance de la N6 et en direction de l'A6 vers la Belgique sera dévié via l'échangeur Strassen, l'A6 en direction de Gasperich, la N34 et l'échangeur Helfenterbruck.
Les travaux préparatifs nécessaires au changement du mode d'exploitation de l'autoroute étant exécutés quelques heures au préalable, des perturbations du trafic sont attendues en fin d'après-midi.

D'Wieder

Regenschauer



(Foto: Ritchie B. Tongo/EPA-EFE)

Heute kommt die Sonne zeitweise zum Vorschein, doch es ist mit Regenschauern zu rechnen. Die Luft kühlt sich in der Früh auf 17 Grad ab und erwärmt sich während des Tages bis auf 18 Grad. Der Wind weht leicht bis schwach aus südlicher Richtung. Auch morgen kommt zwischen vielen vorüberziehenden Wolkenfeldern nur hier und da die Sonne hervor. Dazu kühlt sich die Luft in den Frühstunden auf 13 Grad ab und erwärmt sich tagsüber bis auf 19 Grad. Der Wind weht leicht bis schwach aus Nord bis Nordost.

Aus der Chamber

(Fortsetzung von Seite 3)

cherheit für Betriebe mit einer Auskunftspflicht der Beschäftigten. Laut Aussage von Mars Di Bartolomeo werde der Arbeitsminister mit der UEL zusammentreffen, um das zu regeln. Die CSV stimmt dem Text mit.

Das tun selbstverständlich die drei Koalitionsfraktionen auch.

Die adr verweist auf Dänemark, Holland und andere Staaten, in denen im Gegensatz zu Luxemburg die Maßnahmen zurückgeführt wurden. Die adr kann keine Einschränkung der Grundrechte wegen eines Covid akzeptieren, der gekommen ist, um zu bleiben. Deshalb stimmt die adr mit Nein. Die Regierung wird aufgefordert, ihren Weg zurück in die Normalität vorzulegen. Das wird mittels Motion gefordert. Das Prinzip der Freiwilligkeit bei Impfungen darf genau so wenig in Frage gestellt werden wie das Solidaritätsprinzip im Gesundheitswesen, weshalb es unannehmbar ist, Zwangstests nicht gratis zu machen.

Die Lénk sieht eine drohende Spaltung der Gesellschaft aufziehen und zitiert aus dem Gutachten der Menschenrechtskommission und des Ombudsmans für Kinderrechte. Die Lénk wird sich enthalten.

Die Piraten stimmen fürs Gesetz, fordern aber mittels Motion, für Menschen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen dürfen, müsse der PCR-Test gratis bleiben.

Nachdem sich die Regierung wortreich gelobt hat, wird abgestimmt. Geerntet werden wie angekündigt 54 Ja, 4 ad-Nein und 2 Lénk-Enthaltungen. Die CSV-Motion für 3 Schnelltests pro Woche in der Schule bekommt 27 Ja zu 33 Nein. PCR-Tests bleiben kostenlos für Leute, die sich nicht impfen dürfen, wird von

der Koalition erklärt. Das führt zuerst zur Ablehnung der CSV-Motion bei 27 Ja, 32 Nein und 1 Enthaltung. Die der Piraten wird mit demselben Ergebnis abgelehnt. Die CSV-Motion für eine mobile Impf-Kampagne wird nochmals mit demselben Ergebnis abgelehnt. Die adr-Motion für ein Ausstiegs-Kalendarium kriegt 4 adr-Ja gegen 55 Nein bei einer Enthaltung.

Prämien und Termine für Lehrverträge

Zum Basismodell wird eine Prämie von 1.500 Euro für Lehrverträge geschaffen, die ab 16.7.2021 unterschrieben wurden und von 5.000 Euro für Verträge, die seit dem 16.4.2021 aufgelöst und von wem anderen übernommen wurden. Eine im Dezember 2020 geschaffene vergleichbare Prämie war in 460 Fällen beantragt worden. Es steht diesmal ein Budget für 2.000 Prämien bereit. Alle 60 An- und Abwesende sind dafür.

Zum Basismodell wird der Termin fürs Abschließen eines Lehrvertrags vom 1. auf den 30. November 2021 verschoben. Hier wird ohne Diskussion nach der Vorstellung der Berichterstatterin abgestimmt, um 60 Ja festzustellen.

Reglementsänderung

Gemäß den Empfehlungen der Staatengruppe gegen Korruption (bekannt unter der französischen Abkürzung »Greco«) wird die Verpflichtung zur Bekanntgabe von Nebentätigkeiten erweitert. Anzugeben sind jetzt auch nicht entlohnte Nebentätigkeiten, während für entlohnte detailliertere Angaben des Betrags gefordert werden. Detailliert werden muß auch, ob die Tätigkeit vor der Wahl oder erst während dem Mandat angenommen wurde. Alle 60 sind einverstanden.

Diese Erklärungen werden weiterhin auf www.chd.lu im Profil der einzelnen Abgeordneten veröffentlicht. **jmj**

Zeitung

vum Lëtzebuurger Vollek
3, Rue Zénon Bernard
L-4030 Esch/Alzette
Telefon: 446066-1
Boîte postale 403
L-4005 Esch/Alzette
E-Mail: info@zlv.lu
www.zlv.lu
Herausgeber: Zeitung s.a.
Druck: Imprimerie Centrale
Luxemburg
Chefredaktion:
Ali Ruckert (Chefredakteur),
Uli Brockmeyer
(stellvertretender Chefredakteur),
Trimesterabonnement 45 Euro
Jahresabonnement 170 Euro
Einzelverkaufspreis 1,20 Euro
E-Abonnement:
Trimesterabonnement 25 Euro
Jahresabonnement 90 Euro
abo@zlv.lu
Kombi-Abonnement
(Printausgabe und E-Paper)
Trimesterabonnement 60 Euro
Jahresabonnement 210 Euro
CCPLULL
LU60 1111 1249 4307 0000
BILLULL
LU28 0026 1091 9870 0000
BCEELULL
LU08 0019 1300 1709 0000
CCRALULL
LU35 0090 0000 6549 8040

Erstmals starten vier Laien alleine ins Weltall

Cape Canaveral – In der Nacht zu Donnerstag soll der erste rein privatwirtschaftliche Flug in eine Erdumlaufbahn starten. Das fünfstündige Startfenster für »Inspiration4« öffnete sich am Donnerstag um 2:02 Uhr MESZ, teilte das private Raumfahrtunternehmen SpaceX nun mit. Mit einer speziellen Raumkapsel vom Typ »Dragon« sollen dann Jared Isaacman, Hayley Arceneaux, Chris Sembroski und Sian Proctor ins Weltall fliegen – ohne einen ausgebildeten Raumfahrer an Bord.

Das gab es vorher noch nie und mit dem auf drei Tage angelegten Raumflug könnte auch deswegen eine neue Ära der bemannten Raumfahrt beginnen, auch wenn es wohl nicht wie verkündet der »erste komplett zivile Orbitalflug« ist.

Nachdem SpaceX auf drei erfolgreichen Flügen für die US-amerikanische Raumfahrtbehörde NASA bereits sieben Astronauten und drei Astronautinnen zur Internationalen Raumstation ISS gebracht hat, ist »Inspiration4« nun der erste Orbitalstart des US-amerikanischen Privatunternehmens, der nicht für eine Weltraumagentur erfolgt. Im Oktober sollen dann für die NASA und die europäische ESA wieder vier Raumfahrer zur ISS geflogen werden.



V.l.n.r.: Chris Sembroski, Sian Proctor, Jared Isaacman und Hayley Arceneaux sollen alleine ins Weltall starten

(Foto: Foto: Inspiration4/dpa)

Bei dem nun davor angesetzten Flug von »Inspiration4« soll es für die vier an Bord aber deutlich höher hinaus gehen. Während die ISS ungefähr 400 Kilometer von der Erdoberfläche entfernt unterwegs ist, soll »Inspiration4« beinahe 600 Kilometer Höhe erreichen. SpaceX will den Start live auf Youtube übertragen, die Sendung soll am Mittwoch gegen 22 Uhr MESZ beginnen.

SpaceX Einstieg in das Geschäft Weltraumtourismus war Anfang des Jahres angekündigt worden, vor den publikumswirksamen Flügen von Virgin Galactic und Blue Ori-

gin des Sommers. Während es dabei für die Milliardäre Richard Branson und Jeff Bezos aber lediglich für wenige Minuten an bzw. über die Grenzen des Weltraums ging, ist »Inspiration4« nun ein richtiger Orbitalflug.

Die bereits für Flüge zur ISS genutzte spezielle »Dragon«-Kapsel namens »Resilience« wurde dafür umgebaut und soll nun drei Tage lang um die Erde kreisen, bevor sie die vier Menschen an Bord zur Erde zurückbringt. Statt der ISS-Andockvorrichtung hat sie eine Kuppel, aus der die Aussicht besonders gut sein soll. Bezahlt wird der

Flug vom US-amerikanischen Milliardär Jared Isaacman (Shift4 Payments), der als Kommandeur fungiert.

In Zusammenhang mit dem Flug und der Auswahl der weiteren Passagiere sammelte Isaacman Geld für ein Kinderspital in Memphis, Tennessee. Von ihm selbst kamen 100 Millionen US-Dollar, außerdem suchte er die dort arbeitende Arzthelferin Hayley Arceneaux als erste Begleiterin für den Flug aus. Die anderen beiden Plätze wurden über Spendenaktionen besetzt, mitfliegen dürfen die 51 Jahre alte Künstlerin und Professorin Sian Proctor und der 41 Jahre alte Raumfahrt-Ingenieur Chris Sembroski.

Alle vier haben in den vergangenen Monaten bei SpaceX ein Raumfahrttraining absolviert. Begleitet wurde und wird die Mission auch von einer Netflix-Serie, deren erste Folgen bereits abrufbar sind. »Dieser Flug markiert für die bemannte Raumfahrt den Übergang von staatlich zu privat«, ordnet der Weltraumhistoriker John Logsdon die Bedeutung von »Inspiration4« gegenüber der »Washington Post« ein. Anders als bei früheren touristischen Flügen ins All haben die vier keinen professionellen Astronauten bei sich, der im Notfall übernehmen könnten.

Immer mehr Tage mit 50 Grad Hitze



(Foto: Sina Schuldt/dpa)

London – Infolge der Klimaerwärmung hat sich die Zahl extrem heißer Tage mit Temperaturen von mindestens 50 Grad einer BBC-Analyse zufolge seit den 80er Jahren weltweit fast verdoppelt. Zwischen 1980 und 2009 waren im Durchschnitt an 14 Tagen im Jahr an irgendeinem Ort der Welt Temperaturen von 50 Grad oder mehr gemessen worden, berichtete

der britische Sender am Dienstag unter Berufung auf Daten des europäischen Copernicus-Klimawandeldiensts. Doch zwischen 2010 und 2019 stieg die Zahl der extrem heißen Tage dann auf durchschnittlich 26.

»Der Anstieg ist zu hundert Prozent auf die Verbrennung fossiler Brennstoffe zurückzuführen«, sagte Friederike Otto von der Universität Oxford. Zudem gab es mehr Orte in der Welt mit extrem heißen Temperaturen. Wurden 50 Grad und mehr lange nur im Nahen Osten und am Persischen Golf gemessen, so steigt das Thermometer nun auch andernorts deutlich höher. Zuletzt wurden in Italien und Kanada annähernd 50 Grad gemessen. Überhaupt stieg zwischen 2010 und 2019 die Zahl der Tage mit Werten von mindestens 45 Grad um zwei Wochen, berichtete die BBC weiter. Die Folge seien »beispiellose Herausforderungen für die menschliche Gesundheit und unsere Lebensweise«.

Der Sender zitierte eine Studie der Rutgers University vom Mai 2020, wonach im Jahr 2100 weltweit ungefähr 1,2 Milliarden Menschen Hitzestress ausgesetzt sein könnten, falls das derzeitige Tempo der globalen Erwärmung andauere. Dies seien viermal so viele Menschen wie heute.

Forscher bringen Kühen den Toilettengang bei



Die neuseeländischen Kühe haben gelernt, nur in ein bestimmtes Gehege zu urinieren

(Foto: Thomas Häntzschel/FBN/dpa)

Wellington – Im Rahmen eines Forschungsprogramms zur Verringerung von Treibhausgasemissionen haben Wissenschaftler Kühen beigebracht, in einem dafür vorgesehenen Bereich zu urinieren. Die Möglichkeit, den Urin aufzufangen, könnte die Umweltbelastung durch Rinderhaltung erheblich reduzieren, erklärte ein Team neuseeländischer und deutscher Wissenschaftler

in einem Artikel in der aktuellen Ausgabe des Fachmagazins »Current Biology«.

Die Wissenschaftler trainierten demnach 16 Kälber mit Hilfe von Futterbelohnungen darauf, in einen Latrinestall zu urinieren. Die Ergebnisse seien vergleichbar mit dem, was von einem dreijährigen Kind zu erwarten sei, erklärten die Forscher.

Die Idee, Kühe zu trainie-

ren, ihren Urin aufzufangen, sei durch einen Witz entstanden, sagt der Tierverhaltensforscher Lindsay Matthews. »Die Reaktion der Leute ist natürlich 'verrückte Wissenschaftler', aber das Unterfangen sei sinnvoll. Denn die Urinausscheidungen von Kühen sind in zweierlei Hinsicht problematisch: Sie setzen das Treibhausgas Distickstoffmonoxid, allgemein bekannt als Lachgas frei, und sie enthalten große Mengen Nitrat, das sich im Boden und in Gewässern ablagert.

»Wenn wir zehn oder 20 Prozent der Urinausscheidungen auffangen, könnten wir den Ausstoß von Treibhausgasen und die Nitrat auswaschung erheblich reduzieren«, sagte Douglas Elliffe von der Universität Auckland. Der aufgefangene Urin soll danach behandelt werden. Elliffe zufolge zeigen die Forschungsergebnisse, daß das Toilettentraining von Kühen grundsätzlich möglich ist. Die Herausforderung bestehe nun darin, das Konzept zu erweitern, um große Herden zu trainieren und es an Umgebungen wie Neuseeland anzupassen, wo die Tiere die meiste Zeit im Freien und nicht im Stall verbringen.

In Neuseeland verursacht die Landwirtschaft etwa die Hälfte der Treibhausgasemissionen, hauptsächlich in Form von Methan und Lachgas. Seit Jahren wird deshalb intensiv nach möglichen Lösungen geforscht. Andere Projekte sind die Zucht von Nutztieren mit geringem Methanausstoß, die Verwendung alternativer Futtermittel oder gar Impfungen von Tieren, damit sie weniger schädliche Gase produzieren.

Marmarameer laut Fachmann »jetzt totes Meer«



Der Schleim ist ein Ausscheidungsprodukt von Algen im Wasser

(Foto: Kemal Aslan/AP/dpa)

Istanbul – Die Meeres-schleimkatastrophe im türkischen Marmarameer hat deutliche Auswirkungen auf das Ökosystem des Binnenmeeres. »Insgesamt sind bereits 60 Prozent der Spezies verschwunden«, klagte nun der Hydrobiologe Levent Artüz gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa). Im Mai war die Schleimkatastrophe deutlich sichtbar im Marmarameer ausgebrochen. Der Schleim trieb an vielen Stellen an der Oberfläche, wurde an Küsten gespült und machte Fischern zeitweise das Fischen unmöglich.

Die schleimige Masse ist das Ausscheidungsprodukt bestimmter Algen. Sie setzt sich über kurz oder lang am Meeresboden ab. Die Algen vermehren sich laut Experten auch durch höhere Temperaturen, unbehandeltes Abwasser, das direkt ins Meer abgelassen wird und eine geringe Fließgeschwindigkeit.

Besonders für Organismen, die auf dem Meeresboden leben, hat das katastrophale Fol-

gen. Das Wachstum von Muscheln werde verlangsamt, weiche Korallen könnten von Schleim bedeckt nicht ihrer eigentlichen Aufgabe nachkommen, nämlich das Wasser zu filtern, sagte Ekin Akoglu, Meeresbiologe an der türkischen Odtü-Universität. Auf lange Sicht nehme durch den fehlenden Sauerstoff auch das Zooplankton im Wasser ab, von dem sich viele Fische ernähren.

Auch wenn der Schleim seit August nicht mehr sichtbar an der Oberfläche treibe, sei die Katastrophe keineswegs vorüber, warnte Mustafa Sari, Professor für Wasserressourcenmanagement an der türkischen Universität Bandirma Onyedi Eylül. Die Schichten seien abgesunken und begannen, sich zu zersetzen. Bei der Zersetzung des Meeresschleims werde unter anderem Sauerstoff im Wasser verbraucht, was wiederum die Bildung von neuem Meeresschleim befördere.

Im Oktober seien die Bedingungen für eine neue Ausbreitung besonders günstig,

sagte Sari. Er rechnet darum damit, daß im November abermals Schleim an der Oberfläche sichtbar sein werde. Artüz befürchtet, der Schleim könne sich auch auf das Schwarze Meer und die Ägäis ausweiten und warnt vor einer regionalen ökologischen Krise. Zusammen mit 20 Experten überwacht Artüz bereits seit Anfang des Jahres an 450 Stellen die Ausbreitung der Plage. Der Meeresschleim habe das Ökosystem des Marmarameeres »irreversibel« beschädigt.

Die Regierung reagierte auf den Ausbruch im Mai und ließ Teile des Schleims abschöpfen. Experten sind sich jedoch einig, daß diese Maßnahmen nicht ausreichen. Die Einleitung unbehandelten Abwassers müsse sofort gestoppt werden, sagt Artüz. »Nach drei Jahrzehnten intensiver Verschmutzung ist das Marmarameer jetzt ein totes Meer.« Er hoffe, den umliegenden Gewässern drohe nicht eine ähnliche Zukunft.